

Tempora mutantur – und die Konkordanz in der schweizerischen Bundesversammlung?

Eine Analyse der Konfliktivität bei
Parlamentsabstimmungen 1975–2018

Vorgelegt von:

Karin Frick
Alte Churerstrasse 46, 9496 Balzers
karin.frick@ipw.unibe.ch
12-103-040

MA Politikwissenschaft
5. Semester

Balzers, 26. April 2019

Abstract

Seit den 1990er-Jahren befindet sich die Schweizer Politik in einer Periode grosser Umbrüche: Globalisierung, Polarisierung, Mediatisierung, Personalisierung und verschärfter Wettbewerb stellen die Konkordanz vor neue Herausforderungen. Wie sich diese Veränderungen in der parlamentarischen Auseinandersetzung niederschlagen, will die vorliegende Arbeit anhand einer Analyse der Konfliktivität bei Parlamentsabstimmungen aufzeigen. Dazu wird die Konfliktivität mittels Rice-Index errechnet und in verschiedenen Regressionsmodellen ihre Determinanten bestimmt. Die Konfliktivität nimmt über die Zeit zu, aber nur im Nationalrat. Im Ständerat ist sie generell tiefer und über die Zeit konstant. Volksinitiativen und eine grosse Sitzzahl der SVP gehen mit einer erhöhten Konfliktivität einher. Varianz zeigt sich auch über verschiedene Politikfelder und Prozessphasen. Daraus folgt, dass sich die Konkordanz in der schweizerischen Bundesversammlung im Wandel befindet, wobei offen bleibt, ob dies für die Schweizer Demokratie eine positive oder negative Entwicklung ist.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	6
Abkürzungsverzeichnis	6
1. Einleitung.....	7
2. Forschungsstand	9
2.1 Das Schweizer Konkordanzsystem im 21. Jahrhundert	9
2.2 Parlamentsforschung in der Schweiz	11
3. Theoretischer Rahmen.....	15
3.1 Herausforderungen für die Konkordanz aufgrund der Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Umfeld	15
3.1.1 Globalisierung und Polarisierung	15
3.1.2 Mediatisierung und Personalisierung	17
3.2 Institutionelle Rahmenbedingungen mit Wirkung auf die Konkordanz	21
3.2.1 Referendum	21
3.2.2 Vernehmlassung	22
3.2.3 Volksinitiative	22
3.2.4 Ständerat	22
3.2.5 Fallweise Opposition	24
3.2.6 Politikfeld	24
3.2.7 Prozessphase	25
3.3 Überblick über die Hypothesen	26
4. Methodischer Rahmen	27
4.1 Datengrundlage	27
4.2 Operationalisierung und univariate Beschreibung der Variablen	29
4.2.1 Abhängige Variable: Konfliktivität	29
4.2.2 Unabhängige Variablen	32
4.3 Analysemethode	36
5. Ergebnisse und Interpretation.....	39
5.1 Determinanten der Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten	40
5.2 Determinanten der Konfliktstärke	44

5.3 Zusammenfassung der Ergebnisse	48
6. Diskussion und Fazit.....	50
Literaturverzeichnis	55
Anhang.....	62
Selbstständigkeitserklärung.....	65

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Abstimmungen pro Jahr im Kurzzeitdatensatz (Zumbach 2018)	28
Abbildung 2: Abstimmungen pro Jahr im Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013)	29
Abbildung 3: Abstimmungen pro Jahr im kombinierten Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013; Zumbach 2018)	29
Abbildung 4: Histogramm von Rice-Index und Agreement-Index am Beispiel des Datensatzes Zumbach (2018)	31
Abbildung 5: Vergleich von Rice-Index und Agreement-Index (Mittelwerte) am Beispiel des Datensatzes Zumbach (2018)	31
Abbildung 6: Histogramme der Konfliktivität in den verwendeten Datensätzen.	37
Abbildung 7: Durchschnittliche Konfliktivität bei Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in den eidgenössischen Räten, 1975–2018	39
Abbildung 8: Anteil konfliktiver Abstimmungen an den Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in den eidgenössischen Räten, 1975–2018	40
Abbildung 9: Einflussfaktoren auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten (Logit-Modell 1)	41
Abbildung 10: Einflussfaktoren auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten (Logit-Modell 2)	42
Abbildung 11: Einflussfaktoren auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten (Logit-Modell 3)	43
Abbildung 12: Durchschnittliche Konfliktivität bei nicht einstimmigen Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in den eidgenössischen Räten, 1975–2018	44
Abbildung 13: Einflussfaktoren auf die Konfliktstärke (lineares Modell 1)	45
Abbildung 14: Einflussfaktoren auf die Konfliktstärke (lineares Modell 2)	46
Abbildung 15: Einflussfaktoren auf die Konfliktstärke (lineares Modell 3)	47

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Erwartete Einflüsse auf die Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung	27
Tabelle 2: Verteilung der Abstimmungen auf die Prozessphasen (Zumbach 2018)	33
Tabelle 3: Verteilung der Abstimmungen nach Referendumsmöglichkeit und Volksinitiative in den verwendeten Datensätzen.....	33
Tabelle 4: Verteilung der Abstimmungen auf die Politikfelder (Zumbach 2018)	34
Tabelle 5: Sitzzahlen von SP und SVP sowie Verteilung der Abstimmungen nach Legislaturperioden in den verschiedenen Datensätzen	35
Tabelle 6: Einstimmige Abstimmungen in den Datensätzen	36
Tabelle 7: Überblick über die verwendeten Regressionsanalysen	38
Tabelle 8: Festgestellte Einflüsse auf die Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung	48
Tabelle A9: Regressionstabelle zum Logit-Modell 1 sowie zum linearen Modell 1	62
Tabelle A10: Regressionstabelle zum Logit-Modell 2 sowie zum linearen Modell 2.....	62
Tabelle A11: Regressionstabelle zum Logit-Modell 3 sowie zum linearen Modell 3.....	63

Abkürzungsverzeichnis

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
FDP	FDP.Die Liberalen
NR	Nationalrat
SR	Ständerat
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei

1. Einleitung

Tempora mutantur – die Zeiten ändern sich: Die Schweizer Politik befindet sich seit den 1990er-Jahren in einer Periode grosser Umbrüche. Die Polarisierung des Parteiensystems, die Globalisierung, Mediatisierung und Personalisierung der Politik, das Aufbrechen der Wählerbindungen und die verschärfte Konkurrenz um Wählerstimmen haben die politische Entscheidungsfindung in der Schweiz während der letzten Jahrzehnte tiefgreifend verändert. Immer wieder ist zu lesen, das politische System der Schweiz habe sich in jüngster Zeit vom Idealtypus der Konsensdemokratie entfernt und vermehrt Elementen der Wettbewerbsdemokratie Platz geboten (Bochsler et al. 2015; Church und Vatter 2016; Kriesi 2015; Linder 2012; Vatter 2008, 2016a, 2016b). In einem Interview mit den *Schaffhauser Nachrichten* resümierte alt Bundesrat Arnold Koller den Zustand der Schweizer Politik 2018 nicht ohne Bedauern: «Der Wille zum Konsens ist weitgehend abhandengekommen.» Er denke dabei in erster Linie aber nicht an den Bundesrat, sondern ans Parlament, dem es nicht mehr gelinge, «tragfähige Mehrheiten für Volksabstimmungen zu schaffen» (Rostetter 2018).

Konkordanz wird im Allgemeinen oft implizit als Regierungskonkordanz verstanden, doch muss gerade auch das Parlament «die politische Konfliktlösung durch Verhandeln und Kompromiss» (Linder 2012: 329) mittragen und so zu einem funktionierenden Konkordanzsystem entscheidend beitragen (Schwarz 2009). Insofern kann die parlamentarische Auseinandersetzung als Indikator angesehen werden, wie sich die Konkordanz wandelt. Es stellt sich also die Frage, ob und wie sich die parlamentarische Auseinandersetzung in der Schweiz verändert hat und ob und wie infolgedessen die Konkordanz in der Bundesversammlung unter Druck geraten ist.

Wie auch von alt Bundesrat Arnold Koller beobachtet, ist eine mögliche Auswirkung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, dass es in den eidgenössischen Räten schwieriger wird, umfassende, breit abgestützte Kompromisse zu schliessen. Mit anderen Worten: Die Konfliktivität bei parlamentarischen Abstimmungen nimmt zu. Das Ausmass an Konflikt wird in der vorliegenden Arbeit in eine messbare Grösse – den Konfliktivitätsgrad – übersetzt, die anzeigt, wie stark die Uneinigkeit im Parlament ist. Gewissermassen als Antonym zu «Konsens» im Sinne von «Einigkeit» misst Konfliktivität die Stärke des vorliegenden Konfliktes bzw. eben die Abwesenheit von Geschlossenheit oder Konsens (vgl. Schubiger 2009). Damit lautet die zentrale Fragestellung dieser Arbeit:

Wie hat sich die Konfliktivität bei Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung im Zeitverlauf entwickelt und welche weiteren Faktoren beeinflussen den Konfliktivitätsgrad bei parlamentarischen Abstimmungen in der Schweiz?

Bisher durchgeführte Studien zu diesem Thema untersuchen hauptsächlich die Entwicklung verschiedener Koalitionsmuster oder der Fraktionsgeschlossenheit in den eidgenössischen Räten und behandeln den Konfliktivitäts- oder Geschlossenheitsgrad im Gesamtrat – wenn überhaupt – mehr als Nebenprodukt denn als eigenständigen Untersuchungsgegenstand (Bütikofer 2014; Lüthi et al. 1991; Schwarz und Linder 2006, 2007). Dabei verspricht die Betrachtung der Konfliktivität respektive Geschlossenheit als Masszahl an sich einen grundlegenden Einblick in die Funktionsweise und -logik der parlamentarischen Auseinandersetzung. Die Perspektive dieser Arbeit ist folglich eine, die nicht die (parteilpolitische) Zusammensetzung von Koalitionen oder deren Geschlossenheit betrachtet, sondern Koalitionen bzw. Parteistärken als einen Faktor unter vielen ansieht, die das Ausmass an Konflikt oder Geschlossenheit im gesamten Parlament erklären können. Durch diese Herangehensweise ergänzt die vorliegende Arbeit die bestehende Forschung um einen zusätzlichen Blickwinkel auf die gelebte Konkordanz in der parlamentarischen Auseinandersetzung.

Die vorliegende Arbeit will das praktische Funktionieren des politischen Systems der Schweiz beleuchten und Aufschluss darüber geben, wie sich der Wandel wichtiger gesellschaftlicher und politischer Kontextfaktoren auf den Grad an Konkordanz in der parlamentarischen Auseinandersetzung auswirkt und ist somit auch von gesellschaftlicher Relevanz. Dabei soll Konkordanz an sich jedoch nicht normativ bewertet werden, ist sie doch aus demokratiethoretischer Perspektive ein ambivalentes Konstrukt: Geringe (inhaltliche) Konkordanz bzw. eine hohe Konfliktivität müssen nicht grundsätzlich negativ sein, sondern können auch darauf hinweisen, dass im Parlament eine echte, inhaltliche Auseinandersetzung stattfindet, in die verschiedenste Interessen Eingang finden (vgl. Lüthi i. E.). Demgegenüber kann eine hohe (inhaltliche) Konkordanz bzw. eine geringe Konfliktivität Ausdruck des Fehlens einer solchen Auseinandersetzung infolge einer hohen Machtkonzentration sein (Hermann 2011; Kriesi 2011; Linder 2012).

Der Aufbau der Arbeit gestaltet sich folgendermassen: Nach der Aufarbeitung des aktuellen Forschungsstands zum Thema in Kapitel 2 wird in Kapitel 3 die Forschungsfrage in einen theoretischen Rahmen gebettet und Hypothesen hergeleitet. Neben den Herausforderungen für die Konkordanz aufgrund der Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Umfeld werden auch institutionelle Rahmenbedingungen mit Wirkung auf die Konkordanz beleuchtet. Kapitel 4 erläutert das methodische Vorgehen und beschreibt die verwendeten Variablen, bevor in Kapitel 5 die Ergebnisse präsentiert und interpretiert werden. Hierbei wird der Fokus zunächst auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten und anschliessend auf die Konfliktstärke gelegt. Kapitel 6 rundet die Arbeit mit der Diskussion der Ergebnisse und einem Fazit ab.

2. Forschungsstand

Für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit sind vordergründig zwei Themenkomplexe der Schweizer Politikwissenschaft relevant. Da sich die vorliegende Arbeit mit den Folgen der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in der Schweiz seit den 1990er-Jahren befasst, wird zum einen der hier einschlägige Forschungsstand wiedergegeben. Zum anderen knüpft die vorliegende Arbeit auch an die Schweizer Parlamentsforschung an, indem sie das Abstimmungsverhalten in der Bundesversammlung betrachtet. Diese soll im Anschluss deshalb ebenfalls beleuchtet werden.

2.1 Das Schweizer Konkordanzsystem im 21. Jahrhundert

Den Auswirkungen der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche um die Jahrtausendwende auf das Funktionieren des Konkordanzsystems in der Schweiz widmete die *Swiss Political Science Review* 2015 eine ganze Sonderausgabe. Die darin enthaltenen Beiträge gehen der übergeordneten Frage nach, ob in der Schweizer Politik der Konsens abhandengekommen und somit die Demokratie «entzaubert» worden sei – «Consensus Lost? Disenchanted Democracy in Switzerland», so die einleitende Überschrift (Bochsler et al. 2015). Mehrere Beiträge kommen zum Schluss, dass das Eliteverhalten heute viel weniger der idealtypischen Konkordanzdemokratie entspricht als noch vor dreissig Jahren (Afonso und Papadopoulos 2015; Bochsler und Bousbah 2015; Bochsler et al. 2015; Bornschieer 2015; Traber 2015; Wyss et al. 2015) und dass die zunehmende Polarisierung des Parteiensystems der zentrale treibende Faktor hinter dieser Entwicklung ist (Afonso und Papadopoulos 2015; Bochsler et al. 2015; Bornschieer 2015; vgl. auch Ladner 2014; Vatter 2016a). Die Polarisierung hat dabei hauptsächlich entlang der kulturellen Konfliktlinie zwischen universalistischen und traditionalistisch-kommunitären Werten stattgefunden, was in der Folge auch den wirtschaftlichen Links-Rechts-Konflikt und den neueren Konflikt zwischen Integration und Abgrenzung verschärft hat (Bornschieer 2015).

Die Schweizer Politik hat sich innerhalb des an sich stabilen institutionellen Rahmens des Konkordanzsystems ebenso polarisiert wie mediatisiert und ist dadurch sowohl kompetitiver als auch konfliktiver geworden (Bochsler und Bousbah 2015; Bochsler et al. 2015; Udris et al. 2015). Dies drückt sich beispielsweise in einer geringeren Argumentations- und Debattenqualität im Parlament (Wyss et al. 2015) sowie in einem veränderten Koalitionsverhalten der Parlamentsfraktionen aus (Traber 2015). Infolge der Spaltung des Bürgerblocks in ein liberales Mitte-Rechts- und ein radikaleres, national-konservatives Lager sowie der damit einhergehenden Oppositionsstrategie der SVP ist der Konsens in der Schweizer Politik generell und gerade auch im Parlament «dramatisch» geschwunden (Kriesi 2015: 727; Traber 2015; vgl. auch Bochsler und Bousbah 2015). Alle Regierungsparteien

umfassende Konkordanz-Koalitionen im Parlament sind seltener geworden; insbesondere die SP und die SVP zeigen in Themenfeldern, die in ihren Parteiprogrammen zentral sind, eine geringere Kompromissbereitschaft – dies nicht zuletzt darum, weil Vote-Seeking-Überlegungen im stärker kompetitiven Umfeld für die Parteien wichtiger geworden sind und zunehmend auch ihr Verhalten im Parlament beeinflussen (Traber 2015).

Das sich verändernde Wesen der schweizerischen Konsensdemokratie um die Jahrtausendwende beschreiben auch Sciarini (2014) und Sciarini et al. (2015), indem sie die elf wichtigsten Gesetzgebungsprozesse der Jahre 2001 bis 2006 qualitativ analysieren und mit analogen Ergebnissen aus dem Zeitraum 1971 bis 1976 von Kriesi (1980) vergleichen. Der zentrale Befund dieses Vergleichs lautet: «[C]onflict has increased and its nature has changed» (Sciarini 2014: 128; 2015b: 17). Als Treiber dieser Veränderungen werden hier neben der Transformation und Polarisierung des Parteiensystems insbesondere die Globalisierung und Europäisierung sowie die Mediatisierung der Schweizer Politik genannt (Fischer und Sciarini 2015; Fischer et al. 2015; Sciarini 2015b). Zu neuen und stärkeren Konflikten führt unter anderem die Erosion der traditionellen, konsensualen Entscheidungsfindung im Vernehmlassungsverfahren. Im Vergleich zu den 1970er-Jahren hat die vorparlamentarische Phase an Bedeutung innerhalb des politischen Prozesses eingebüsst. Die wichtigsten Entscheidungen werden heute nicht mehr mittels Kompromissen in der vorparlamentarischen Phase geformt, sondern vom Parlament erarbeitet. Einerseits leidet die Kompromissfindung – insbesondere in der Sozialpolitik, wo Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zentral sind – dadurch besonders stark unter den erschwerten Umständen, die von der Polarisierung und der Mediatisierung hervorgerufen werden. Während Polarisierung und Mediatisierung zur Verhärtung der Fronten beitragen, verliert mit der vorparlamentarischen Phase der Aushandlungsprozess selbst an Bedeutung (Häusermann et al. 2004). Andererseits wird das Parlament dadurch zum «zentralen Spieler» im politischen Entscheidungsfindungsprozess, der Konfrontationen nicht scheut und Konflikte offen austrägt (Sciarini 2015a: 241; 2014; vgl. auch Kriesi und Trechsel 2008). Dabei sind konfliktive Parlamentsdebatten und -entscheide ein durchaus wahrscheinliches Szenario: Als Bedingung für einen Konflikt zwischen Akteurskoalitionen bestimmt Fischer (2015) die Kombination einer innenpolitischen (nicht europäisierten) Vorlage mit entweder nicht-föderalistischem Charakter oder regulativem oder redistributivem Inhalt – eine Konfiguration, die auf viele politische Prozesse zutrifft. Demgegenüber sind die Bedingungen für Konsens – eine innenpolitische Vorlage mit einem offenen vorparlamentarischen Verfahren, föderalistischem Charakter und distributivem oder konstitutivem Inhalt – anspruchsvoll, nur schwer zu erfüllen und damit selten verwirklicht.

Eine ausserordentliche Stellung in der Konfliktstruktur schreibt Sciarini (2015c) dem rechts-national-konservativen Block um die SVP zu – nicht zuletzt weil die neue Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung neben dem klassischen, ökonomischen Links-Rechts-Konflikt an Bedeutung gewonnen hat. Die SVP habe es verstanden, jenen Teil der Wählerschaft anzusprechen, der sich von der zunehmenden europäischen Integration und der Zuwanderung bedroht fühlte und habe dabei nicht nur von der zunehmenden Polarisierung und Mediatisierung profitiert, sondern diese ebenso verstärkt, schlussfolgern auch Mazzoleni und Skenderovic (2007). Als Konsequenz der «dichotomisierenden Rhetorik des SVP-Populismus» (Hildebrand 2017: 340) sowie der «Polarisierung der Schweizer Gesellschaft und des Parteiensystems» (ebd.) stecke die «Konkordanz in der Krise», so die titelgebende Diagnose von Hermann (2011). Dem schweizerischen Konkordanzsystem bröckle das Fundament – die Konsenskultur – weg. Auch wenn institutionell keine grossen Veränderungen stattgefunden haben, die traditionellen Machtteilungselemente also nach wie vor vorhanden sind, ist es das polarisiertere und konfliktivere Verhalten der politischen Eliten, das die Konkordanz unter Druck bringt (Vatter 2008, 2016b). Der fehlende Wille zur Zusammenarbeit hat Koalitionen instabil und Entscheide schwieriger voraussagbar werden lassen (Sciarini 2014, 2015a, 2015b, 2015c; Vatter 2016b).

So wie Konkordanz nicht nur Regierungskonkordanz meint, begrenzt sich das entsprechende Eliteverhalten nicht nur auf die Mitglieder der Regierung oder andere bekannte, exponierte Figuren. Gerade auch im Parlament spielt das Verhalten der Akteure eine entscheidende Rolle für das Funktionieren der Konkordanz (Schwarz 2009). Sowohl die Diskussionskultur (vgl. Heidelberger und Bühlmann i. E.; Zumofen i. E.) als auch insbesondere das Abstimmungsverhalten in den eidgenössischen Räten sind Ausdruck der Kompromissfindung, von Konflikt oder Konsens. Einen Überblick über die diesbezügliche schweizerische Parlamentsforschung bietet der folgende Abschnitt.

2.2 Parlamentsforschung in der Schweiz

Die Forschung zum Abstimmungsverhalten im Schweizer Parlament kann bereits auf eine lange Tradition zurückblicken. Primärer Untersuchungsgegenstand in den allermeisten Fällen ist die Fraktionsgeschlossenheit, wahlweise verknüpft mit einer Analyse des Koalitionsverhaltens. Insbesondere der Nationalrat ist in dieser Hinsicht schon vielfach untersucht worden. Während bei Vasella (1956; zit. nach Schwarz 2009) noch die quantitative Beschreibung sowie staatsrechtliche Fragen zur Fraktionsgeschlossenheit im Mittelpunkt standen, untersuchte Hertig (1978) ebenso die Gründe für die Unterschiede in der Geschlossenheit zwischen den Fraktionen. Diese sind hauptsächlich durch die Ideologie (links/rechts), formelle Disziplinierungsregeln innerhalb der Fraktion, die Stellung gegenüber der Regierung (Oppositionsgrad), die ideologische und soziokulturelle Heterogenität der

Fraktion sowie die Heterogenität der Fraktion in Bezug auf die vertretenen Interessengruppen und Sprachregionen bedingt. Ausserdem ist die Fraktionsdisziplin im Ständerat generell geringer als im Nationalrat.

Lüthi et al. (1991) betrachteten die Entwicklung der Fraktionsgeschlossenheit im Nationalrat über die Zeit (1971 bis 1989) und interpretierten die tendenziell zunehmende Geschlossenheit als «Indiz für eine grössere Konkurrenz zwischen den Parteien und für das häufigere Auftreten von polarisierenden Fragestellungen» (Lüthi et al. 1991: 64). Diese «Verhärtung der politischen Fronten» (Lüthi et al. 1991: 71) zeigte sich auch darin, dass die SP immer seltener mit den anderen Regierungsparteien koalierte. Zusätzlich untersuchten Lüthi et al. (1991) das Abstimmungsverhalten der Frauen und kamen dabei zum Schluss, dass die Fraktionszugehörigkeit für den Abstimmungsentscheid die wichtigere Rolle spiele als das Geschlecht. Dieser Befund wurde auch von Senti (1999) bestätigt.

Die Zeitreihe wurde von Lanfranchi und Lüthi (1999) für den Zeitraum von 1991 bis 1994 fortgeführt, wobei sich in Bezug auf die Fraktionsgeschlossenheit keine grösseren Veränderungen gegenüber den früheren Untersuchungen zeigten. Beim Koalitionsverhalten stellten sie fest, dass die häufigste Allianz eine rein bürgerliche war, wohingegen blockübergreifende Koalitionen aus mindestens zwei bürgerlichen Parteien und der SP in nur gut 8 Prozent der untersuchten Fälle auftraten – und damit weit seltener, als es im Konkordanzsystem der Schweiz zu erwarten wäre. Auch Jegher (1999) folgerte für den Zeitraum 1995 bis 1997, die alle Regierungsparteien umfassende Koalition trete nur selten auf. Zudem zeigte sie, dass sich je nach Politikfeld andere Koalitionen bilden.

Während sich die meisten der früheren Studien der veröffentlichten Namensabstimmungen als Datenbasis bedienten, nutzten Schwarz und Linder (2007) zum ersten Mal alle zum gegebenen Zeitpunkt verfügbaren, vom elektronischen Abstimmungssystem des Nationalrats erfassten Abstimmungen, sowohl namentliche als auch nicht namentliche. Neben der Entwicklung über die Zeit (1996 bis 2005) werden auch die Unterschiede in der Fraktionsgeschlossenheit nach Geschäftskategorie, nach Prozessphase und nach Themenbereich aufgezeigt. Bei den Themenbereichen fallen über alle Fraktionen hinweg die Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik mit den tiefsten Geschlossenheitswerten auf, wohingegen die Bildungs- und internationale Politik zu den am wenigsten umstrittenen Bereichen gehören. Über die Zeit zeigt sich bei allen grossen Fraktionen eine zunehmende Tendenz in der Geschlossenheit. Den Grund dafür orten die Autoren im verschärften Parteienwettbewerb. Hinsichtlich der Geschäftskategorien zeigen sich unterschiedliche Muster: Während die CVP und die FDP bei Bundesratsgeschäften eine höhere Geschlossenheit aufweisen als bei Motionen und Postulaten, verhalten sich die Fraktionen der SP und der SVP genau umgekehrt. Schwarz und Linder (2007) sehen darin Bestrebungen der Polparteien, ihre

Position gegenüber der Wählerschaft und den Medien klar zu markieren. Das Bild bestätigt sich anhand der Prozessphasen, wo die CVP und die FDP in der Detailberatungsphase die geringste und in den Gesamt- und Schlussabstimmungen die höchste Geschlossenheit aufweisen. Hier verhalten sich die Fraktionen der SP und der SVP ebenso konträr und zeigen sich in der Detailberatungsphase am geschlossensten.

Dass Fraktionsgeschlossenheit unter anderem von Parteien zur öffentlichkeitswirksamen Positionsmarkierung genutzt wird, zeigen ebenso Traber et al. (2014). Sie kommen zum Schluss, dass die Fraktionsgeschlossenheit kurz vor Wahlen ansteigt und generell bei für die Öffentlichkeit sehr sichtbaren Abstimmungen (d. h. Abstimmungen mit verlangtem Namensaufruf) erhöht ist. Ausserdem neigen die Parteien auch zu disziplinierterem Stimmverhalten, wenn die Abstimmung ein Thema betrifft, das für die Partei besonders wichtig ist.

Nicht die kollektive Fraktionsgeschlossenheit, sondern die Determinanten für abweichendes Stimmverhalten auf individueller Ebene untersucht Schwarz (2009). Ebenfalls mit dem individuellen Stimmverhalten der Nationalratsmitglieder befassen sich Hermann et al. (1999), Kriesi (2001), Hermann und Leuthold (2003) sowie Hermann (2007), welche die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der jeweiligen Legislaturperiode auf einer «politischen Landkarte» verorten und so Veränderungen in den Positionen und im Stimmverhalten aufzeigen. Auch hier finden sich Hinweise auf die zunehmende Polarisierung und verschärfte Konflikte.

Während zum Abstimmungsverhalten im Nationalrat zahlreiche Studien existieren, ist der Ständerat in dieser Hinsicht nur wenig erforscht. Neben Hertig (1978) findet sich die einzige umfassende Analyse zum Ständerat bei Bütikofer (2014). Sie beschreibt unter anderem die Geschlossenheit im Ständerat nach Fraktionen und nach Kantonen und ergänzt die Befunde von Schwarz und Linder (2007) dahingehend, dass sich im Ständerat alle Fraktionen bei Schlussabstimmungen mindestens so geschlossen verhalten wie bei Detailabstimmungen.

Viele Studien messen und vergleichen das Stimmverhalten von verschiedenen Gruppen anhand sogenannter Geschlossenheitsindizes. Am häufigsten kommen der Rice-Index oder der Agreement-Index zur Anwendung, die in Kapitel 4.2 der vorliegenden Arbeit genauer erläutert werden. Trotz der weiten Verbreitung solcher Indizes gibt es nur wenige Untersuchungen, die anstatt Gruppen zu vergleichen die Geschlossenheit – bzw. im Umkehrschluss die Konfliktivität – im Gesamtrat messen. Dabei eröffnet eine solche Herangehensweise einen nicht minder interessanten Blickwinkel auf die Konkordanz im Parlament, da nicht nur die Zusammensetzung von Koalitionen, sondern auch die Konfliktivität im Gesamtrat als Indikator betrachtet werden kann, welcher Stellenwert der Konkordanz im Schweizer Parlament zukommt.

Diesen Ansatz verfolgten Sciarini und Trechsel (1996) und zeigten anhand der nationalrätlichen Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen 1947 bis 1995, dass ab der Mitte der 1970er-Jahre der Konsens im Nationalrat einen leicht abnehmenden Trend einschlägt. Darüber hinaus ist der Grad an Konsens bzw. Konflikt vom Geschäftstyp abhängig: Werden Geschäfte, die dem obligatorischen Referendum unterstehen in 27 Prozent der Fälle einstimmig verabschiedet, sind es bei Geschäften mit fakultativem Referendum hingegen 64 Prozent. Volksinitiativen zeigen seit Ende der 1970er-Jahre einen Trend zu mehr Konflikt. Die Zunahme der Konfliktivität im Nationalrat über die Zeit kann ebenso von Schubiger (2009) für den Zeitraum 1995 bis 2007 bestätigt werden. Statt auf die Veränderung über die Zeit legten Nicolet et al. (2003) ihr Hauptaugenmerk auf die Determinanten für Konflikt bzw. Konsens in den eidgenössischen Räten. Der einflussreichste Faktor ist hierbei die inhaltliche Wichtigkeit der Vorlage – wichtige Geschäfte sind konfliktiver in der parlamentarischen Beratung als unwichtige. Des Weiteren sind Schlussabstimmungen im Nationalrat konfliktiver sind als im Ständerat.

Schwarz und Linder (2006) betrachteten neben der Mehrheits- und Koalitionsbildung im Nationalrat auch die Geschlossenheit desselben, und zwar einerseits Veränderungen über die Zeit (1996 bis 2005) und andererseits Unterschiede nach Geschäftskategorie, Prozessphase und Themenbereich. Hinsichtlich der Koalitionsbildung ist auffallend, dass die alle Regierungsparteien umfassende Konkordanz-Koalition im Zeitverlauf immer seltener auftritt, während die Konstellation der isolierten SVP gegen die anderen Regierungsparteien immer häufiger vorkommt. In Bezug auf die Geschäftstypen ist festzuhalten, dass Bundesratsgeschäfte und parlamentarische Initiativen häufiger auf Konsens stossen als Motionen oder Postulate, was die Autoren auf die konsensfördernde Wirkung der vorparlamentarischen Phase bzw. Vernehmlassung und der Vorberatung in der zuständigen Parlamentskommission zurückführen. Die Betrachtung der Prozessphasen fördert zutage, dass Gesamt- und Schlussabstimmungen weit weniger umstritten sind als Abstimmungen der Detailberatung oder der Eintretensdebatte. Übereinstimmend mit früheren Befunden wird auch hier gezeigt, dass Koalitionen über die Themenfelder variieren. Breite Allianzen sind in der internationalen Politik besonders häufig, in der Energie- sowie in der Migrations- und Asylpolitik dagegen selten. Hinsichtlich der Geschlossenheit im Gesamtrat stechen die Zusammenhänge mit dem Grad der Referendumsfähigkeit sowie mit den Politikfeldern ins Auge: Die umstrittensten Vorlagen sind jene, die dem obligatorischen Referendum unterstehen, gefolgt von jenen mit fakultativer Referendumsmöglichkeit. Geschäfte ohne Referendumsmöglichkeit sind am wenigsten umstritten. Geschlossenheitshemmend bzw. konfliktfördernd wirken ausserdem die Politikfelder Sicherheitspolitik, soziale Fragen, Migration und Ausländer sowie Energie. Demgegenüber gehen die Politikfelder inter-

nationale Politik und Recht mit einer höheren Geschlossenheit bzw. einer geringeren Konfliktivität einher.

Bei den wenigen Studien, die die Geschlossenheit oder Konfliktivität im Gesamtrat überhaupt messen, ist diese Masszahl in den meisten Fällen nur ein Mittel zum Zweck und ein Nebenprodukt der Analyse, nicht Untersuchungsgegenstand um ihrer selbst willen. In diese Forschungslücke platziert sich die vorliegende Arbeit, indem sie eine umfassende Analyse der Konfliktivität in den eidgenössischen Räten vornimmt und sowohl die Entwicklung über die Zeit aufzeigen als auch Determinanten für den Konfliktgrad bestimmen möchte. Da sie die Konfliktivität im Parlament als Indikator für Konkordanz versteht, knüpft sie ebenso an die Frage an, welche Spuren die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche seit den 1990er-Jahren im praktischen Funktionieren der Konkordanz – konkret: in der parlamentarischen Auseinandersetzung – hinterlassen haben.

3. Theoretischer Rahmen

Wie einleitend erwähnt, hat sich das politische und gesellschaftliche Umfeld, in dem die parlamentarische Auseinandersetzung stattfindet, in den letzten Dekaden hin zu mehr Globalisierung, Mediatisierung, Personalisierung, Polarisierung und Konkurrenz gewandelt. Damit werden neue Rahmenbedingungen und neue Anreize für jene gesetzt, die sich in diesem veränderten Umfeld bewegen, und der parlamentarische Prozess und letztlich auch die Konkordanz vor neue Herausforderungen gestellt. Es ist anzunehmen, dass sich diese Entwicklungen in einer über die Zeit zunehmenden Konfliktivität in der Bundesversammlung niederschlagen.

3.1 Herausforderungen für die Konkordanz aufgrund der Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Umfeld

3.1.1 Globalisierung und Polarisierung

Die fortschreitende Globalisierung bzw. «Denationalisierung» (Kriesi et al. 2006: 921) geht mit verstärktem wirtschaftlichem, kulturellem und auch politischem Wettbewerb einher. Vor allem für die traditionell stark von äusserem Marktdruck abgeschirmten Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe stellt die internationale Liberalisierung eine Beschneidung ihres politisch geschützten Besitzstands und ihrer damit verbundenen Einkommensströme dar. Zugleich schüren die zunehmende Einwanderung sowie die fortschreitende politische Integration in Europa und der Weltgemeinschaft Ängste um den Verlust der Schweizer Tradition, Identität und Souveränität (Albertazzi 2008; Kriesi und Trechsel 2008; Mazzoleni und Skenderovic 2007). Daraus entstehen in der Gesellschaft die neuen Gruppen der Globalisierungs-

gewinner und -verlierer. Während erstere die Globalisierung als Chance sehen, suchen letztere ihr Heil in protektionistischen Massnahmen sowie der Betonung von nationalen Grenzen und Unabhängigkeit. Dieser neue Konflikt zwischen Integration und Abgrenzung kann folglich auch politisch bewirtschaftet werden (Kriesi und Trechsel 2008).

War die kulturelle Konfliktlinie – als zweite Dimension neben dem wirtschaftlichen, klassischen Links-Rechts-Konflikt – in den westeuropäischen Demokratien in den 1970er-Jahren noch von der Frage nach gesellschaftlichem Liberalismus geprägt, wurden in den folgenden Dekaden neue Themen darin aufgenommen, allen voran Immigration und europäische Integration (Kriesi et al. 2006). Gleichzeitig gewann diese kulturelle Dimension an Bedeutung und wurde für Parteien eine immer wichtigere Grundlage für die Mobilisation ihrer Wählerschaften (Kriesi et al. 2006). In der Schweiz war die SVP die einzige grosse Partei, die den kulturellen Protektionismus und damit die Interessen der Globalisierungsverlierer aufnahm und gleichzeitig mit einer neo-liberalen wirtschaftlichen Haltung weiterhin auch die Interessen ihrer angestammten Wählerschaft vertrat (Hildebrand 2017; Kriesi et al. 2006; Lachat 2008; Mazzoleni und Skenderovic 2007). Durch die «Figur des kriminellen Ausländers», der für die Schweiz sowohl eine kulturelle als auch eine wirtschaftliche Bedrohung darstellt, gelang es ihr, den «Kampf gegen die Bedrohung von aussen» mit dem «Kampf gegen die Linke» zu verweben (Hildebrand 2017: 192). Ihre erfolgreiche Alleinstellung entlang der Integrations-Abgrenzungs-Konfliktlinie gilt somit als Grundstein für den steilen Aufstieg der SVP in den 1990er-Jahren (Ladner 2014; Linder 2012; Lutz und Selb 2014; Wyss et al. 2015).

In der Selbstauffassung als letzte Verteidigerin der souveränen Schweiz gegen die Gefahren der Aussenwelt bediente sich die SVP zunehmend einer populistischen Rhetorik und politisierte – trotz gleichzeitiger Regierungsbeteiligung – gegen die «politische Klasse» und die «Koalition der Vernunft» (Hildebrand 2017: 21, 170; Albertazzi 2008; Kriesi und Trechsel 2008; Mazzoleni und Skenderovic 2007). Möglich machte diese Doppelrolle nicht zuletzt das Konkordanzsystem selbst: Die SVP trat nicht als klassische Oppositions- oder gar Anti-System-Partei von aussen an den politischen Prozess heran, sondern konnte auf ihr «historisches Kapital» aus ihrer langjährigen Regierungsbeteiligung zurückgreifen, um auch nach ihrer Transformation akzeptiert und eingebunden zu werden (Hildebrand 2017: 21; Mazzoleni und Skenderovic 2007: 102). Mit dieser Strategie war die SVP äusserst erfolgreich und stieg von der kleinsten Regierungspartnerin zur wählerstärksten Partei der Schweiz auf. Infolgedessen geriet das ganze Parteiensystem der Schweiz in Bewegung (Hildebrand 2017; Kriesi und Trechsel 2008).

Mit der deutlicheren Positionierung als populistische Rechtspartei gelang es der SVP zunehmend, auch die konservative Wählerschaft der Mitteparteien für sich zu gewinnen

(Kriesi et al. 2005). Als Reaktion darauf rückten auch die anderen bürgerlichen Parteien weiter nach rechts und verliehen ihren konservativen Flügeln mehr Gewicht, um für ihre rechte Wählerschaft attraktiv zu bleiben (Afonso und Papadopoulos 2015; Kriesi und Trechsel 2008). Gleichzeitig rückten sowohl die SP als auch die Grüne Partei ideologisch näher an den gegenüberliegenden, universalistischen Pol (Bornschiefer 2015). Zusammen mit den Wählergewinnen der Polparteien führte die Erosion der politischen Mitte zu einer zunehmenden Polarisierung im Schweizer Parteiengefüge in den 1990er- und 2000er-Jahren (Hug und Schulz 2007; Ladner 2014; Lutz und Selb 2014; Vatter 2008; vgl. Dermont i. E.). Gleichzeitig mit der Polarisierung auf der Links-Rechts-Achse fand eine Spaltung des bürgerlichen Lagers statt, da sich die SVP auf der kulturellen Liberalismus-Konservatismus-Achse als einzige der grossen bürgerlichen Kräfte dem Konservatismus verschrieb, während die CVP und die FDP auf der Seite des kulturellen Liberalismus anzusiedeln sind. Der politische Raum weist somit neu drei Pole auf: Die SP vertritt als einzige der grossen Parteien die linke Seite im ökonomischen Konflikt, steht also für mehr Staat anstatt mehr Markt ein. Das gemässigte rechte Lager, dem von den grossen Parteien die CVP und die FDP zuzuordnen sind, vertritt sowohl wirtschaftlich als auch kulturell eine liberale Haltung. Das national-konservative Lager schliesslich, dem die SVP angehört, steht für kulturell konservative Werte und nimmt eine ambivalente Position in Bezug auf den wirtschaftlichen Konflikt ein, indem es sich beispielsweise für restriktive Staatsausgaben, aber gleichzeitig für die Privilegien des Mittelstands einsetzt (Kriesi et al. 2005; Kriesi und Trechsel 2008; vgl. auch Hermann 2007; Hermann und Leuthold 2003; Hermann et al. 1999).

Indem sich die Parteien einerseits ideologisch auseinanderbewegten und sich andererseits die politische Macht in Form von Wählerstimmen und Parlamentssitzen von der Mitte an die Pole verlagerte, wurden die Distanzen zwischen den Lagern grösser und die Gräben tiefer. Die so erschwerte Kompromissfindung lässt breite Allianzen von links bis rechts seltener werden (Afonso und Papadopoulos 2015; Traber 2015). Insgesamt befindet sich das politische System der Schweiz laut Vatter (2008: 37) auf dem Weg zu einer stärker konfrontativ geprägten Konfliktaustragung, ohne aber die charakteristischen Konkordanzinstitutionen aufzugeben – gleichsam eine «Konkordanz unter verstärkten Konkurrenzbedingungen».

3.1.2 Mediatisierung und Personalisierung

Eine weitere Entwicklung, die zu diesen verstärkten Konkurrenzbedingungen beiträgt, ist die Mediatisierung der Politik. Mit «Mediatisierung» wird im Allgemeinen der Prozess des sich ausweitenden oder verstärkenden Einflusses der Medien auf verschiedenste Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und die Gesellschaft als Ganzes beschrieben (Esser 2013; Hjarvard 2008; Mazzoleni 2008c; Strömbäck und Esser 2014). Die Gesellschaft unterwirft sich der Theorie zufolge in stets grösserem Ausmass den Medien und deren Logik, während

die Medien selbst als autonome, eigenständige Institution mit eigenen Regeln, Routinen, Werten und Normen in Erscheinung treten (Esser 2013; Hjarvard 2008; Strömbäck und Esser 2014). Als Teil des öffentlichen Lebens ist auch die Politik von dieser Entwicklung betroffen. Von «mediatisierter Politik» wird gesprochen, wenn die Politik in ihren zentralen Funktionen fortlaufend und hauptsächlich durch die Interaktion mit den Medien gestaltet wird (Mazzoleni und Schulz 1999: 250).

Auch wenn die schweizerische Realität weit von diesem Extremzustand entfernt ist (Esser und Matthes 2013; Kriesi 2012; Mazzoleni und Skenderovic 2007; Udris et al. 2015), spielen die Medien gleichwohl eine wichtige Rolle in der öffentlichen Debatte: Sie sind sowohl eine – wenn nicht die wichtigste – Informationsquelle für Bürgerinnen und Bürger als auch ein unverzichtbarer Kommunikationskanal zwischen politischen Akteuren und dem Volk (Fischer und Sciarini 2015; Kriesi 2012). Damit halten sie bildlich gesprochen den Schlüssel zur öffentlichen Debatte in den Händen und haben einen grossen Einfluss auf die öffentliche Meinung und nicht zuletzt auch auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess. Kein politischer Akteur und keine Institution, der oder die eine Meinung vertreten und ein Interesse durchsetzen will, kann es sich leisten, den Medien keine Beachtung zu schenken (Strömbäck und Esser 2014). Dies gilt in besonderem Masse für solche Akteure, Institutionen und Organisationen, die eine Vote-Seeking-Strategie verfolgen, also beispielsweise politische Parteien, die bei den nächsten Wahlen möglichst viele Stimmen gewinnen oder Parlamentsangehörige, die wiedergewählt werden möchten. Für ihren Erfolg sind sie auf Unterstützung aus der Öffentlichkeit angewiesen und müssen folglich versuchen, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen (Strömbäck und Esser 2014).

Da Journalisten ihrem professionellen Selbstverständnis nach aber unabhängig arbeiten und grundsätzlich nicht als politische Sprachrohre missbraucht werden wollen, gestaltet sich eine direkte Beeinflussung der Medien schwierig (Blumler 2014; Esser und Matthes 2013). Stattdessen besteht die Lösung darin, sich der Medienlogik – den aus professionellen, kommerziellen und technologischen Gründen über verschiedene Medien hinweg geltenden Aufmerksamkeitskriterien, Produktionsroutinen und Nachrichtenauswahlkriterien – zu fügen und mit gezielten Aktionen, Handlungen oder Aussagen, welche die Medien als «berichtenswert» («newsworthy») erachten, deren Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen (Blumler 2014; Esser 2013; Strömbäck und Esser 2014). Durch Anpassung an die Medienlogik kann erwünschte Medienaufmerksamkeit generiert und unerwünschte Berichterstattung vermieden werden. So versucht jeder Akteur, die Medien bestmöglich zu seinem Vorteil zu nutzen (Strömbäck und Esser 2014). Unterdessen bedeutet dies jedoch auch, dass politische Akteure bei ihrem Wirken die Anforderungen bzw. Ansprüche der Medienlogik beachten müssen, wenn sie in den Nachrichten nicht ignoriert werden wollen (Mazzoleni 2014). Die

Medienlogik wird also zu einem strukturierenden, leitenden und kanalisierenden Element für das (möglichst öffentlichkeitswirksame) Verhalten von politischen Akteuren und Institutionen (Esser 2013; Mazzoleni und Schulz 1999; Strömbäck und Esser 2014).

In ihrer Berichterstattung orientieren sich alle Medien mehr oder weniger stark an denselben, universell akzeptierten Kriterien für «Newsworthiness». Dazu gehören neben der Neuigkeit, Aktualität und Nähe auch Faktoren wie Überraschung, Drama, Negativität, Konflikt und Personalisierung (Esser 2013; Mazzoleni 2008a; Strömbäck und Esser 2014) – Dinge, die möglichst viele Leute ansprechen, damit die Medienunternehmen – nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen – ein möglichst grosses Publikum erreichen können. So wird eher über Skandale als über vorschriftsgemässes Verhalten, über unglückliche Zwischenfälle als über gewöhnliche Veranstaltungen, über konkrete Einzelfälle anstatt über abstrakte Ideen, über Personen als über Organisationen und über bekannte Persönlichkeiten als über anonyme Menschen berichtet (Esser und Matthes 2013; Mazzoleni 2014; Udris et al. 2015). Mit anderen Worten: «whatever is newsworthy, is what breaks the routine» (Mazzoleni 2014: 48).

Politische Akteure antizipieren diese Auswahlkriterien der Medien und passen ihr Verhalten dementsprechend an. In der Folge wird der politische Diskurs zunehmend spektakularisiert, dramatisiert, emotionalisiert, polarisiert, personalisiert, fragmentiert und simplifiziert. Kurze, prägnante Statements, eindeutige Positionsbezüge, ansprechendes Infotainment und scharfzüngige Kommentare versprechen ein grösseres Medienecho als ausschweifende Argumentationen, das Abwägen verschiedener Positionen, harte Fakten und sachliche Anmerkungen (Esser 2013; Esser und Matthes 2013; Mazzoleni 2008b; Wyss et al. 2015). Komplexitätsreduktion in Form von klaren, profilierten Positionen erleichtert einerseits den Zugang zu politischen Themen für das Publikum (Udris et al. 2015) und hilft politischen Akteuren andererseits, den «Vorwurf der Wischiwaschi-Politik» (Hermann 2011: 216) zu vermeiden. Damit ist die Mediatisierung gleichzeitig Wegbereiterin für eine «populistische politische Kultur» (Esser und Matthes 2013: 181) und wirkt sich negativ auf das Funktionieren der Demokratie aus, indem sie über die Trends zu Negativität, Personalisierung und Populismus die Möglichkeit zur deliberativen Auseinandersetzung beschränkt.

Da die Medien bevorzugt kontroverse Themen aufgreifen und den Standpunkten bekannter Exponenten Raum geben, fördert die Mediatisierung gleichzeitig die Polarisierung. Das Paradebeispiel einer solchen Plattform ist die Deutschschweizer Fernsehsendung «Arena», in der das «heisseste Politikthema der Woche» von den «Politstars des Tages» besprochen wird (Kriesi und Trechsel 2008: 131; Hildebrand 2017). Der unvergleichliche Erfolg dieser Sendung macht das «fit-für-die-Arena-sein» zu einer matchentscheidenden Eigenschaft in einer politischen Karriere (Kriesi und Trechsel 2008: 131). Infolgedessen werden beispiels-

weise die Parteien ihre Führungen eher danach auswählen, wie gut sie mit den Medien umgehen können, als danach, wie fähig sie sind, Allianzen über verschiedene Gruppen und Fraktionen hinweg zu schmieden und gemeinsame Lösungen für politische Probleme zu finden (Esser und Matthes 2013). Wenn politische Themen von der Öffentlichkeit eher nur noch oberflächlich und nach eigentlich irrelevanten Kriterien beurteilt werden, wird der politische Erfolg im Endeffekt nicht mehr durch substanzielle, inhaltliche oder fachliche Kompetenz, sondern durch Medienkompetenz erreicht (Esser und Matthes 2013). Dies wiederum bietet einen hervorragenden Nährboden für spektakuläre, medienwirksame Statements und Aktionen, den sich gerade die Polparteien – insbesondere die SVP – zur weiteren Alleinstellung zunutze machen können (Kriesi und Trechsel 2008; Kriesi et al. 2005; Landerer 2014; Mazzoleni und Rossini 2016).

Schliesslich erschwert die Mediatisierung die Kompromissfindung im Konkordanzsystem auch ganz direkt, indem der zunehmende Wettbewerb unter den Medien zu einer immer spektakuläreren, personalisierteren und investigativeren Berichterstattung führt, um für das Publikum möglichst attraktiv zu sein (Häusermann et al. 2004). Einerseits haben also die politischen Akteure ein Interesse daran, sich selbst zu mediatisieren, andererseits wird der politische Prozess von den Medien immer stärker durchleuchtet. Beides führt dazu, dass Verhandlungen hinter verschlossenen Türen immer schwieriger werden. Dieser geschützte, geheime Verhandlungsraum ist jedoch notwendig, um bei den Akteuren gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, auf dessen Basis Kompromisse geschlossen werden können. Steigt nun das Risiko, dass Interna aus diesen Verhandlungen an die Medien gelangen – sei es durch gezieltes Ausspielen von Informationen seitens beteiligter Akteure oder durch investigative Nachforschungen seitens der Medien –, sinkt die Bereitschaft, diesen Weg der Lösungsfindung überhaupt zu gehen (Fischer und Sciarini 2015; Fischer et al. 2009; Häusermann et al. 2004; Kriesi und Trechsel 2008).

Mediatisierung und Personalisierung vergiften das Verhandlungsklima und setzen die politischen Akteure stärker unter Druck, sich mit möglichst unmissverständlichen, eigenständigen und unverwechselbaren Positionen und Botschaften zu profilieren. Parteien sind davon genauso betroffen wie einzelne Parlamentsmitglieder, was sowohl bei den Organisationen als auch bei den einzelnen Politikerinnen und Politikern die Kompromissbereitschaft schwinden lässt. Die konkordante, möglichst einvernehmliche Lösungsfindung wird dadurch erschwert und letztlich die Konfliktivität in der parlamentarischen Auseinandersetzung verschärft (Udris et al. 2015). Zusammen mit den Folgen der weiter oben geschilderten Globalisierungs- und Polarisierungstendenzen lassen die zunehmende Mediatisierung und Personalisierung der Politik erwarten, dass im schweizerischen Parlament eine über die Zeit zunehmende Konfliktivität beobachtet werden kann.

H1: Die Konfliktivität von Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung nimmt über die Zeit zu.

3.2 Institutionelle Rahmenbedingungen mit Wirkung auf die Konkordanz

Des Weiteren liegt es nahe, dass – losgelöst von jeglichen gesellschaftlichen Veränderungen – auch der rechtliche und institutionelle Kontext, in den das Parlament eingebettet ist, einen Einfluss darauf hat, wie konfliktiv die parlamentarischen Beratungen sind. Je nachdem, ob eine Vernehmlassung stattgefunden hat oder nicht, oder ob ein Geschäft dem Referendum untersteht oder nicht, taugt die vorgeschlagene Lösung vielleicht besser oder weniger gut als ein für eine breite Mehrheit akzeptabler Kompromiss. Auch institutionell bedingte Unterschiede zwischen den beiden Parlamentskammern können sich in der Konfliktivität niederschlagen. Zudem sind naturgemäss nicht alle Vorlagen gleich umstritten, was beispielsweise damit zusammenhängt, welches Politikfeld sie betreffen. Ebenso werden Konflikte mutmasslich nicht in allen Phasen des parlamentarischen Prozesses gleich heftig ausgetragen.

3.2.1 Referendum

Das offene Austragen von Konflikten im Schweizer Parlament wird unter Umständen durch institutionelle Konkordanzzwänge gebremst. So ist bei Geschäften, die dem fakultativen oder obligatorischen Referendum unterstehen, allen beteiligten Akteuren bewusst, dass der parlamentarische Lösungsvorschlag auch vor dem Stimmvolk bestehen können muss. Einem für eine grosse Bevölkerungsgruppe unbefriedigenden Gesetz droht das Scheitern am Referendum (Bochsler und Bousbah 2015; Hermann 2011; Neidhart 1970) – Vatter (2016a: 301) spricht bildlich von einem «Damoklesschwert», das über dem Parlament hängt. In solchen Fällen könnte es für die Parteien gewinnbringender sein, eine Kompromisslösung zu akzeptieren, in die sie vielleicht einige ihrer Forderungen haben einbringen können, als die Vorlage als Ganzes aufs Spiel zu setzen. Theoretisch gesehen fungiert das Stimmvolk als zusätzlicher, dem parlamentarischen Prozess nachgelagerter Vetospieler. Die Unsicherheit über die exakten Präferenzen im Stimmvolk setzt einen zusätzlichen Anreiz, den Kompromiss möglichst breit auszugestalten – breiter als es nur für den Erfolg im Parlament nötig wäre, um sich besser gegen ein Scheitern in der Volksabstimmung abzusichern (Kriesi und Trechsel 2008; Schwarz und Linder 2006; Tsebelis 1995, 2000; Vatter 2016a). Daraus folgt die Annahme, dass Parlamentsdebatten um Geschäfte, die dem Referendum unterstehen, weniger konfliktiv sind als solche über Vorlagen, die nicht dem Referendum unterstehen.

H2: Die Konfliktivität von Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung ist bei Vorlagen, die dem Referendum unterstehen, durchschnittlich höher als bei solchen ohne Referendumsmöglichkeit.

3.2.2 Vernehmlassung

Eine weitere Institution, die Konflikten im Parlament vorbeugt, indem schon in der vorparlamentarischen Phase des Gesetzgebungsprozesses versucht wird, konkurrierende Interessen unter einen Hut zu bringen, ist das Vernehmlassungsverfahren. Es dient nicht zuletzt dazu, «die Akzeptanz, d. h. die Referendumsfestigkeit von Bundesvorlagen [...] zu sichern» (Vatter 2016a: 249) sowie «zur Vermeidung späterer Blockaden» (ebd.; vgl. auch Bieri 2018; Linder 2012). Neidhart (1970: 297 f.) bezeichnet das Vernehmlassungsverfahren gar als «Prüfstand der Referendumsfähigkeit der legislatorischen Vorentwürfe». Eine Lösung, die genügend Interessen bedient, um in einem allfälligen Referendum bestehen zu können, ist demnach höchstwahrscheinlich ein Kompromiss, der auch im Parlament auf breite Unterstützung stösst. Es kann also erwartet werden, dass die Konfliktivität in der parlamentarischen Beratung geringer ist, wenn vorgängig eine Vernehmlassung stattgefunden hat.

H3: Die Konfliktivität von Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung ist bei Vorlagen, zu denen eine Vernehmlassung durchgeführt worden ist, durchschnittlich geringer als bei solchen ohne Vernehmlassung.

3.2.3 Volksinitiative

Bei Volksinitiativen, die eine Verfassungsänderung auslösen und damit zentrale Rechtsnormen betreffen, gibt es hingegen ungeachtet ihrer inhaltlichen Tragweite keine Vernehmlassung. Die oben diskutierte Logik des Vernehmlassungsverfahrens wirkt hier also nicht; es findet keine vorparlamentarische Konsultation und Abwägung verschiedener Interessen statt. Aufgrund des fehlenden vorgelagerten Aushandlungsprozesses enthalten Initiativen oft spezifische Forderungen, ohne die Interessen weiterer Gruppen zu berücksichtigen, und stellen keine Kompromissvorschläge dar. Dies zeigt sich auch in der vergleichsweise geringen Erfolgsquote von Volksinitiativen (Kriesi und Trechsel 2008; Vatter 2016a). Zudem erhalten Volksinitiativen viel mediale Aufmerksamkeit, wodurch sie als besondere Plattform genutzt werden können, um sich in der Öffentlichkeit zu profilieren (Esser und Matthes 2013; Vatter 2016a). Aus diesen Gründen sollte die Beratung von Volksinitiativen im Parlament besonders konfliktiv sein.

H4: Die Konfliktivität von Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung ist bei Volksinitiativen durchschnittlich höher als bei anderen Geschäften.

3.2.4 Ständerat

Aus der Bikameralismus-Forschung geht die Bezeichnung des Ständerates als «chambre de réflexion» hervor (Bütikofer 2014: 31; Bütikofer und Hug 2010: 176; Hermann 2011: 206; Vatter 2016a: 344). Dem Ständerat wird hierbei eine «moderierende Rolle» (Bütikofer und

Hug 2010: 176) im Gesetzgebungsprozess und damit ein positiver Einfluss auf die Qualität der parlamentarischen Arbeit zugesprochen, indem er stärker die langfristige Planung im Blick habe und «willkürliche und unüberlegte Entscheide» (Vatter 2016a: 344) verhindere. Vom «Selbstverständnis der staatstragenden politischen Eliten» (Hermann 2011: 206) geprägt, orientiere sich die kleine Kammer stärker an «staatspolitischen und übergeordneten Fragestellungen» (Vatter 2016a: 345) und stehe für die Rechtsstaatlichkeit und die «Orientierung an internationalen Gepflogenheiten», aber gegen jegliche populistische Forderungen ein (Hermann 2011: 206). Damit erfülle er eine Reflexionsfunktion im politischen Prozess. Er zeichne sich durch qualitativ hochstehende Debatten aus und leiste einen wichtigen Beitrag zur Rationalität und Legitimität des politischen Diskurses. So habe er eine überragende Rolle für die Stärkung der politischen Stabilität und der konsensorientierten Entscheidungsfindung inne (Wyss et al. 2015).

Ein Teil der beobachtbaren Unterschiede zwischen den beiden Parlamentskammern lässt sich auch durch die unterschiedliche parteipolitische Zusammensetzung der beiden Räte erklären. Das Majorzwahlsystem, das in fast allen Kantonen¹ bei Ständeratswahlen zur Anwendung kommt, setzt für die Wählenden andere Anreize als das Proporzwahlsystem bei Nationalratswahlen. Das dem Majorzsystem angepasste strategische Wählen begünstigt Kandidatinnen und Kandidaten mit moderaten politischen Ansichten (Bütikofer 2014; Hermann 2011; Hertig 1978; Hug und Martin 2012; Lachat 2006). Dieser «Wahlsystem-Effekt» (Hermann 2011: 204) führt einerseits dazu, dass die Mitteparteien CVP und FDP im Ständerat eine deutlich stärkere Stellung innehaben als im Nationalrat, was gleichzeitig bedeutet, dass die Stellung der Polparteien im Ständerat schwächer ist. Der Ständerat ist also von der Polarisierung insgesamt weniger betroffen als der Nationalrat, weshalb sich deren Auswirkungen dort auch weniger bemerkbar machen sollten (Hermann 2011; Lutz und Selb 2014; Vatter 2016a; Wyss et al. 2015). Andererseits sind im Ständerat eher konziliante Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten, die unabhängiger von der Parteilinie politisieren und verglichen mit den Parteivertreterinnen und -vertretern im Nationalrat eher gemässigte ideologische Positionen vertreten, was die Kompromissfindung erleichtern sollte (Bütikofer und Hug 2010; Hermann 2011). Hermann (2011) attestiert den Ständerätinnen und Ständeräten ausserdem ein geringeres Öffentlichkeitsbewusstsein, wodurch die zunehmende Mediatisierung die Kompromisskultur im Ständerat weniger stark beeinträchtigen sollte als im Nationalrat. Ergo lässt sich erwarten, dass die Konfliktivität im Ständerat generell geringer ist als im Nationalrat.

H5: Die Konfliktivität ist bei Abstimmungen im Ständerat geringer als im Nationalrat.

¹ Im Kanton Jura (seit seiner Gründung 1979) und im Kanton Neuenburg (seit 2010) werden die Ständerätinnen und -räte nach Proporz gewählt (Bütikofer 2014; Vatter 2016a).

3.2.5 Fallweise Opposition

Das Institutionengefüge der Schweizer Politik ist nicht auf das klassisch-mehrheitsdemokratische Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition ausgelegt. Stattdessen sind im Bundesrat seit mehr als einem halben Jahrhundert die vier wählerstärksten Parteien vertreten (Linder 2012; Mazzoleni und Skenderovic 2007; Vatter 2016a).² Das bedeutet jedoch nicht, dass die Regierungsparteien ein gemeinsames Programm vertreten oder sich in inhaltlichen Fragen einig sind. Vielmehr bedienen sich die Regierungsparteien der «fallweisen Opposition» (Linder 2009a: 572; 2009b: 220; 2012: 273; Linder und Schwarz 2008: 6), indem sie einer Vorlage die Zustimmung verweigern. Dies geschieht sehr oft: Einigkeit unter den vier grossen Regierungsparteien bestand zwischen 1996 und 2005 nur in rund 20 Prozent der nationalrätlichen Abstimmungen; in etwa 80 Prozent der Fälle betrieb mindestens eine der vier Regierungsparteien fallweise Opposition (Linder und Schwarz 2008). Dabei sind es vor allem die beiden heutigen Polparteien SP und SVP, die dieses Instrument rege nutzen. Während sich die SP damit schon in der Vergangenheit regelmässig dem geschlossenen Bürgerblock entgegenstellte, machte in jüngerer Zeit zunehmend auch die SVP davon Gebrauch (Hermann und Leuthold 2003; Hertig 1978; Kriesi 2001; Linder 2009b; Lüthi et al. 1991; Mazzoleni und Rossini 2016; Schwarz und Linder 2006). Zwischen 1996 und 2005 stellte sich die SP in rund 40 Prozent der nationalrätlichen Abstimmungen gegen den Bürgerblock. Die SVP opponierte in rund 15 Prozent der Fälle alleine gegen die anderen Regierungsparteien. Letztere Konstellation zeigt überdies eine klar zunehmende Tendenz (Linder 2012; Linder und Schwarz 2008; Schwarz und Linder 2006). Da fallweise Opposition als Ausscheren aus der Konkordanz vornehmlich vonseiten der SP und der SVP zu beobachten ist, kann angenommen werden, dass die Konfliktivität im Parlament umso höher ist, je mehr Sitze diese beiden Parteien in der Bundesversammlung halten.

H6: Die Konfliktivität bei Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung ist umso höher, je mehr Sitze von der SP und der SVP besetzt sind.

3.2.6 Politikfeld

Als Folge der zunehmenden Komplexität politischer Probleme ist Politik heute stark differenziert, was die verschiedenen Themenfelder anbelangt. Unterschiede im politischen Prozess können zwischen Politikfeldern gar bedeutender sein als zwischen Ländern (Sciarini 2015b). Von den Politikfeldern abhängig sind so unter anderem die Koalitionen, die sich bei parlamentarischen Abstimmungen bilden (Jegher 1999). Auch in der Schweiz variieren die Parteienkoalitionen im Parlament von einem Politikfeld zum nächsten substantiell (Sciarini

² Die einzige Ausnahme bildet das Jahr 2008, als sich die SVP aus Protest gegen die Nichtwiederwahl ihres Bundesrats Christoph Blocher gänzlich aus der Regierung zurückzog. Bereits im darauffolgenden Jahr trat sie mit der Wahl von Ueli Maurer jedoch wieder in die Regierung ein (Linder 2012; Vatter 2016a).

2015b). In ihrer Untersuchung des Koalitionsverhaltens im Nationalrat gelangten Schwarz und Linder (2006) zur Feststellung, dass die Politikfelder internationale Politik, Europapolitik, Parlament und Bildung stark von Konsens geprägt sind, während die Migrations- und Asylpolitik sowie die Energiepolitik zwei besonders umstrittene und konfliktgeladene Politikfelder sind. Auch Schwarz (2005) identifizierte die Aussenpolitik als besonders schwach und die Energie- sowie die Migrations-/Asylpolitik als besonders stark konfliktiv. Schwarz (2009) beobachtete in der internationalen und Europapolitik sowie im Bereich Bildung/Kultur/Religion die häufigsten Koalitionen mit Beteiligung aller Regierungsparteien, wohingegen die Politikfelder Migration und Energie von besonders wenig Konsens gekennzeichnet sind. Ebenso widerspiegeln sich diese Unterschiede nach Themenfeld in der Fraktionsgeschlossenheit. Hier stechen die Bereiche Energie, Umwelt und Verkehr mit besonders geringen Geschlossenheitswerten hervor, während die Fraktionen bei Fragen der internationalen Politik und der Sicherheitspolitik (die SP-Fraktion ausgenommen) besonders häufig geschlossen stimmen (Schwarz und Linder 2007). Jegher (1999) hingegen zeigte, dass das schweizerische Parlament Vorlagen zu Infrastruktur, Sozialpolitik, Finanzen und Wirtschaft häufiger und stärker gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf abändert als Vorlagen aus den Bereichen Aussenpolitik, Bildung/Kultur/Medien, Landesverteidigung und Grundlagen der Staatsordnung und bestätigte damit die entsprechenden Beobachtungen von Zehnder (1988). Auch Poitry (1989, zit. nach Jegher 1999: 168) hatte festgestellt, dass die «conflicutalité parlementaire» in den Bereichen Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Verkehrspolitik stärker ist als in den Bereichen Aussenpolitik, institutionelle Fragen und Armee. Da zwischen dem Abstimmungsverhalten im schweizerischen Parlament und dem Politikfeld, dem eine Vorlage zugeordnet wird, schon mehrfach ein Zusammenhang berichtet worden ist, wird ein solcher auch in der vorliegenden Arbeit angenommen. Im Einklang mit der Schnittmenge der früheren Ergebnisse hierzu wird erwartet:

H7a: Die Konfliktivität von Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung ist bei Vorlagen, die in den Themenbereichen Energie, Umwelt, Verkehr sowie Sozial- und Migrationspolitik angesiedelt sind, durchschnittlich höher als bei solchen aus anderen Politikfeldern.

H7b: Die Konfliktivität von Abstimmungen in der schweizerischen Bundesversammlung ist bei Vorlagen, die in den Themenbereichen Bildung und internationale Politik angesiedelt sind, durchschnittlich geringer als bei solchen aus anderen Politikfeldern.

3.2.7 Prozessphase

Der parlamentarische Gesetzgebungsprozess in der Schweiz kann je nach Geschäftstyp in verschiedene Phasen unterteilt werden. Bei einem Bundesgesetz sind dies typischerweise

die Eintretensdebatte, die Detailberatung, die Gesamtabstimmung und die Schlussabstimmung (Nicolet et al. 2003; Schwarz und Linder 2006; Schwarz 2009). Bei Finanzvorlagen kommt das Lösen der Ausgabenbremse hinzu; bei parlamentarischen Vorstössen findet zuerst eine Anstossdebatte statt, in der über die Überweisung des Vorstosses entschieden wird. Weitere Abstimmungstypen umfassen Entscheide über das Abschreiben, über Dringlichkeit oder Fristverlängerung sowie Ordnungsanträge (Schwarz 2005). In den Anstoss- und Eintretensdebatten geht es um die Grundsatzfrage, ob sich das Parlament oder die Regierung mit einem Vorschlag überhaupt auseinandersetzen soll. In der Detailberatung wird um die konkrete Ausgestaltung der diskutierten Regelungen gerungen, bevor abschliessend in den Gesamt- und Schlussabstimmungen über die ausgehandelte Lösung als Ganzes befunden wird. Der unterschiedliche Charakter der verschiedenen Abstimmungstypen lässt erwarten, dass sich auch das Abstimmungsverhalten je nach Prozessphase unterscheidet. So variieren parlamentarische Koalitionen nicht nur zwischen Politikfeldern, sondern auch innerhalb eines Prozesses mit den Phasen der parlamentarischen Beratung (Fischer und Traber 2015; Schwarz 2005; Schwarz und Linder 2006): Schluss- und insbesondere Gesamtabstimmungen gehen häufiger mit breiten Mehrheiten einher als Eintretens- oder Detailabstimmungen. Auch die Fraktionsgeschlossenheit ist nicht über alle Prozessphasen hinweg konstant. Im Durchschnitt stimmen die Nationalrätinnen und Nationalräte in Gesamt- und Schlussabstimmungen in den Fraktionen geschlossener als in Eintretens- und Detailabstimmungen (Schwarz und Linder 2007). Da Gesamt- und Schlussabstimmungen am Ende des Aushandlungsprozesses stehen und das Ergebnis desselben zum Gegenstand haben, sollten sie auch weniger konfliktiv sein als Abstimmungen in früheren Phasen des parlamentarischen Prozesses.

H8: Die Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung ist bei Gesamt- und Schlussabstimmungen durchschnittlich geringer als bei anderen parlamentarischen Abstimmungen.

3.3 Überblick über die Hypothesen

Tabelle 1 fasst die in den vorhergehenden Abschnitten aus der Theorie hergeleiteten Hypothesen noch einmal zusammen. Die Konfliktivität im schweizerischen Parlament sollte demnach umso höher sein, je später im Analysezeitraum eine parlamentarische Abstimmung stattgefunden hat, wenn die Abstimmung eine Volksinitiative betrifft und je grösser der Sitzanteil von SP und SVP zum Zeitpunkt der Abstimmung ist. Eine erhöhte Konfliktivität wird auch in den Themenbereichen Energie, Umwelt, Verkehr sowie Sozial- und Migrationspolitik erwartet. Im Gegensatz dazu sollte die Konfliktivität umso geringer sein, wenn die Abstimmung ein Geschäft betrifft, das dem Referendum untersteht, wenn sie ein Geschäft betrifft, zu dem eine Vernehmlassung stattgefunden hat und wenn es sich um eine

Abstimmung des Ständerates handelt. In einem negativen Zusammenhang mit der Konfliktivität sollten darüber die Politikfelder Bildung und internationale Politik sowie die Prozessphasen Gesamt- und Schlussabstimmung stehen.

Tabelle 1: Erwartete Einflüsse auf die Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung

Hypothese	Einflussfaktor	Richtung des Zusammenhangs	Erwartetes Ergebnis
H1	Fortschreitende Zeit	+	Konfliktivität ↑
H2	Referendum	-	Konfliktivität ↓
H3	Vernehmlassung	-	Konfliktivität ↓
H4	Volksinitiative	+	Konfliktivität ↑
H5	Ständerat	-	Konfliktivität ↓
H6	Fallweise Opposition	+	Konfliktivität ↑
H7a	Politikfelder: Energie, Umwelt, Verkehr, Sozial- und Migrationspolitik	+	Konfliktivität ↑
H7b	Politikfelder: Bildung, internationale Politik	-	Konfliktivität ↓
H8	Prozessphase: Gesamt- oder Schlussabstimmung	-	Konfliktivität ↓

4. Methodischer Rahmen

Zur Überprüfung der im vorangegangenen Kapitel aufgestellten Hypothesen bedient sich die vorliegende Arbeit quantitativ-statistischer Methoden. Die reiche Datengrundlage ermöglicht es, verschiedene statistische Modelle zu schätzen, um die erwarteten Zusammenhänge zu testen. Die der Untersuchung zugrundeliegenden Daten werden im folgenden Abschnitt vorgestellt. Anschliessend wird die Operationalisierung der abhängigen sowie der unabhängigen Variablen erläutert. Für einen vertieften Einblick in die Daten werden die Variablen zudem univariat beschrieben. Zum Abschluss wird aufgezeigt, welche Analyseverfahren zur Anwendung kommen und diese Entscheidung entsprechend begründet.

4.1 Datengrundlage

Zur Überprüfung der obigen Hypothesen werden zwei verschiedene Datensätze herangezogen. Damit sollen einerseits eine umfassende Analyse *aller* Abstimmungen in einem kürzeren Zeitraum (2003–2018) ermöglicht und andererseits die grundlegende Entwicklung über einen langen Zeitraum (ab 1975) betrachtet werden können. Während beim ersten Datensatz (Zumbach 2018) Abstriche beim Zeitraum gemacht werden müssen, gleichzeitig

jedoch alle im Amtlichen Bulletin veröffentlichten parlamentarischen Abstimmungen im Nationalrat enthalten sind, umfasst der zweite (Ackermann und Bühlmann 2013) nur Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen, dafür aber in beiden Räten und über einen wesentlich längeren Zeitraum. Durch die Beschränkung auf die spezifischere Gruppe von Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen können viele konfundierende Variablen ausgeschlossen werden, was die Vergleichbarkeit der Abstimmungen über den gesamten Zeitraum hinweg verbessert. Insbesondere werden die Resultate dieser Abstimmungen immer veröffentlicht, wodurch die Fälle nicht durch die Veröffentlichungsregeln selektioniert werden (vgl. Hug 2010; Schwarz 2005). Zwar bilden Schlussabstimmungen nur den «bereinigten» Kompromiss am Ende der Verhandlungen ab und nicht das gesamte Ausmass an Konflikt während der Debatte, zeigen aber dafür, wie gross die Konfliktivität nach den Aushandlungsprozessen immer noch ist (Hug 2010). Damit geben sie Aufschluss darüber, wie zufriedenstellend die Kompromisslösung ist bzw. wie gut Konflikte überwunden werden konnten – und nicht zuletzt auch darüber, wie gross die Bereitschaft der politischen Akteure ist, einen Kompromiss mitzutragen. Die Verknüpfung beider Datensätze verspricht also sowohl aus einer möglichst umfassenden, detailreichen Perspektive als auch aus der Langzeitperspektive interessante, aussagekräftige Befunde.

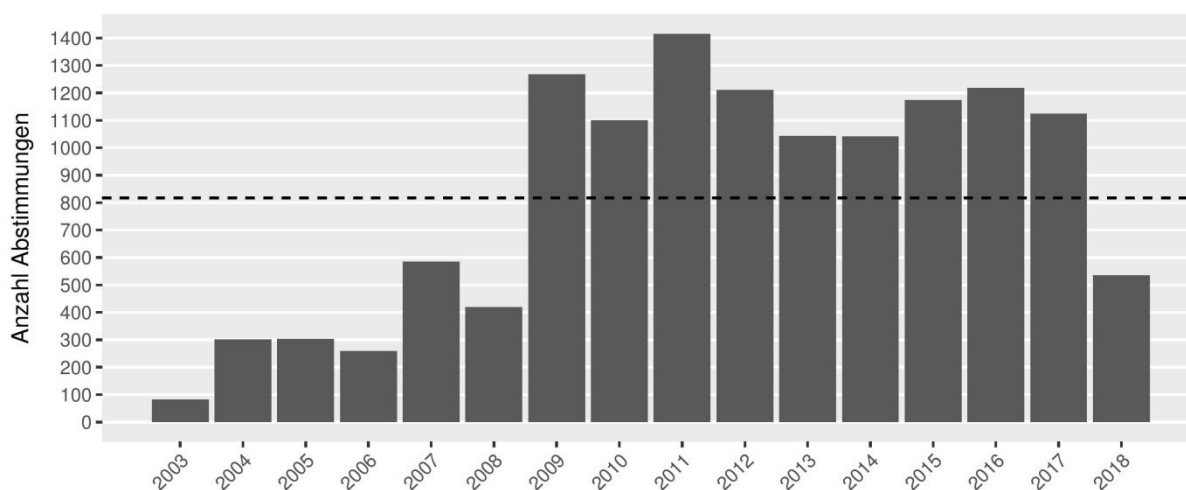


Abbildung 1: Abstimmungen pro Jahr im Kurzzeitdatensatz (Zumbach 2018). Quelle: Eigene Darstellung anhand des Datensatzes Zumbach (2018). Anmerkungen: Alle parlamentarischen Abstimmungen im Nationalrat; die gestrichelte Linie zeigt den Mittelwert.

Der detailreiche Kurzzeitdatensatz (Zumbach 2018) enthält über einen Zeitraum von rund 14½ Jahren insgesamt 13'071 parlamentarische Abstimmungen aus dem Nationalrat, also durchschnittlich 817 Abstimmungen pro Jahr, wobei das Jahr 2003 erst ab der Wintersession und das Jahr 2018 nur bis zur Sommersession berücksichtigt sind (Abbildung 1).^{3,4} Dagegen

³ Die Abstimmungen aus der Herbstsession 2006 fehlen.

⁴ Erst seit der Wintersession 2007 werden alle Abstimmungsergebnisse des Nationalrates im Amtlichen Bulletin veröffentlicht, weshalb die Fallzahlen zu Beginn des Zeitraums geringer sind (Das Schweizer Parlament 2019).

sind im Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013) 1351 nationalrätliche und 1220 ständerätliche Schlussabstimmungen erfasst. Durchschnittlich stehen hier also über einen Zeitraum von 30 Jahren 86 Abstimmungen pro Jahr zur Verfügung (Abbildung 2).⁵ Mit beiden Datensätzen zusammen lässt sich eine Zeitreihe über gut 42 Jahre (1975 bis Sommer 2018) beobachten, die durchschnittlich 51 Abstimmungen pro Jahr abdeckt (Abbildung 3).

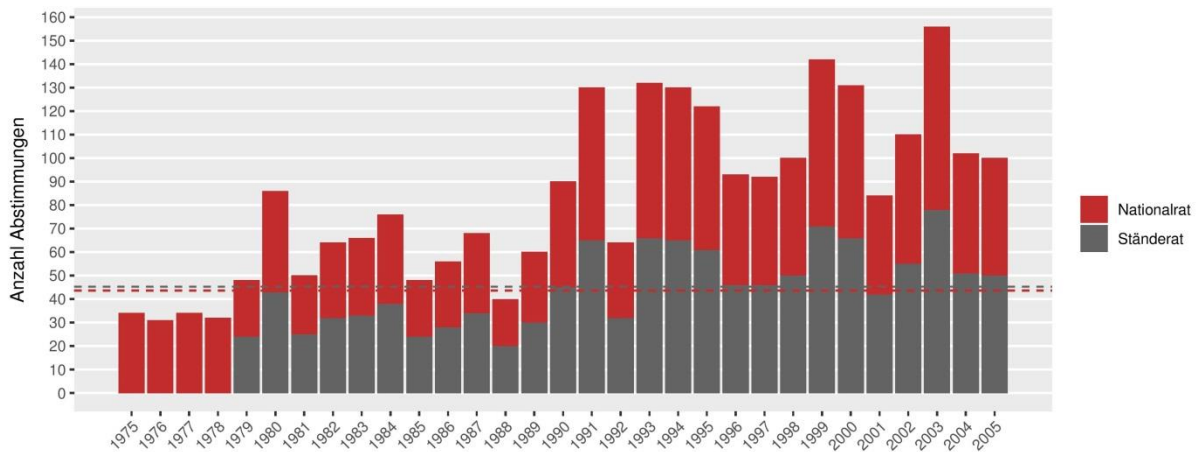


Abbildung 2: Abstimmungen pro Jahr im Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013). Quelle: Eigene Darstellung anhand des Datensatzes von Ackermann und Bühlmann (2013). Anmerkungen: Nur Schlussabstimmungen; die gestrichelten Linien zeigen die Mittelwerte.

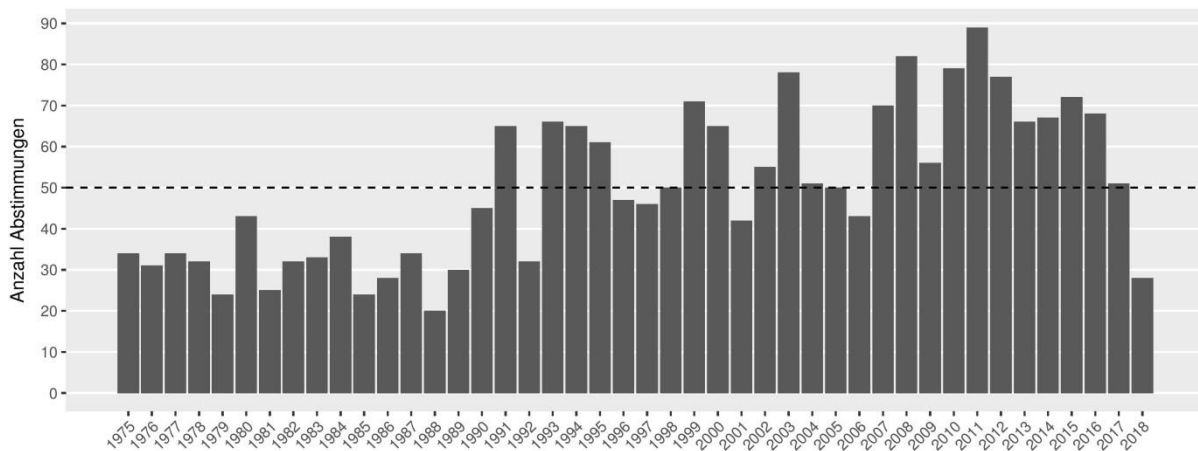


Abbildung 3: Abstimmungen pro Jahr im kombinierten Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013; Zumbach 2018). Quelle: Eigene Darstellung anhand der Datensätze von Ackermann und Bühlmann (2013) sowie Zumbach (2018). Anmerkungen: Nur Schlussabstimmungen im Nationalrat; die gestrichelte Linie zeigt den Mittelwert.

4.2 Operationalisierung und univariate Beschreibung der Variablen

4.2.1 Abhängige Variable: Konfliktivität

Die abhängige Variable der vorliegenden Untersuchung ist die Konfliktivität bei parlamentarischen Abstimmungen. Die Berechnung der Konfliktivität erfolgt über ein Geschlossenheitsmass, indem Konfliktivität als Gegensatz zu Konsens oder eben Geschlossenheit

⁵ Die Daten für den Ständerat sind erst ab 1979 enthalten.

definiert wird. Als entsprechende Masszahlen stehen der Rice-Index (RI) und der Agreement-Index (AI) zur Auswahl, die folgendermassen berechnet werden, wenn J die Anzahl Ja-Stimmen, N die Anzahl Nein-Stimmen und E die Anzahl Enthaltungen in einer gegebenen Abstimmung sind (Bütikofer 2014: 130 f.; Hix et al. 2005: 215; Rice 1925: 62 f.; Schwarz 2009: 31, 55; Schwarz und Linder 2006: 69; 2007: 9):

$$RI = \frac{|J - N|}{J + N}$$

$$AI = \frac{\max\{J, N, E\} - 0.5(J + N + E - \max\{J, N, E\})}{J + N + E}$$

Bei beiden Indizes handelt es sich um Geschlossenheitsmasse, die in jedem Fall einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht für vollkommene Uneinigkeit bzw. maximale Konfliktivität, d. h. gleich viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen (und wie Enthaltungen). Der Wert 1 bedeutet dementsprechend vollkommene Einigkeit, d. h. nur Ja-Stimmen oder nur Nein-Stimmen (oder nur Enthaltungen). Während der Rice-Index nur Ja- und Nein-Stimmen berücksichtigt, werden zur Berechnung des Agreement-Index' zusätzlich auch die Enthaltungen miteinbezogen.

Dieser Unterschied ist vor allem im Lichte der theoretischen Frage von Bedeutung, ob Enthaltungen einem Positionsbezug gleichzusetzen sind oder nicht. Einerseits kann argumentiert werden, dass Enthaltungen politisch motiviert sein und «hinter Stimm-enthaltungen handfeste Absichten stehen» (Schwarz und Linder 2007: 9) können, beispielsweise wenn sich eine gesamte Fraktion geschlossen der Stimme enthält und so ihre Unzufriedenheit ausdrücken will (Bütikofer 2014; Lüthi et al. 1991). Andererseits spricht sich, wer sich der Stimme enthält, nicht dagegen aus, sondern scheut den (offenen) Konflikt – denkbar beispielsweise, wenn sich ein Fraktionsmitglied nicht mit der Mehrheitsposition der eigenen Fraktion identifizieren kann, sich aber auch nicht offen dagegen stellen will (Bütikofer 2014; Lüthi et al. 1991; Schwarz 2009). Daraus könnte auch gefolgert werden, dass Enthaltungen eben nicht in die Messung der Konfliktivität miteinbezogen werden sollen. Die Erfassung strategischer Enthaltungen wird zusätzlich dadurch erschwert, dass Parlamentsmitglieder einer Abstimmung auch einfach fernbleiben können, wenn sie nicht Ja oder Nein stimmen wollen, anstatt an der Abstimmung teilzunehmen und sich der Stimme zu enthalten. Ob die Abwesenheit nun auf Protest oder andere Gründe zurückzuführen ist, ist aus den Rats- und Abstimmungsprotokollen nicht erkennbar. Auch der Agreement-Index ermöglicht daher keine «qualitative Beurteilung des Grundes, der zur Enthaltung führte» (Bütikofer 2014: 131).

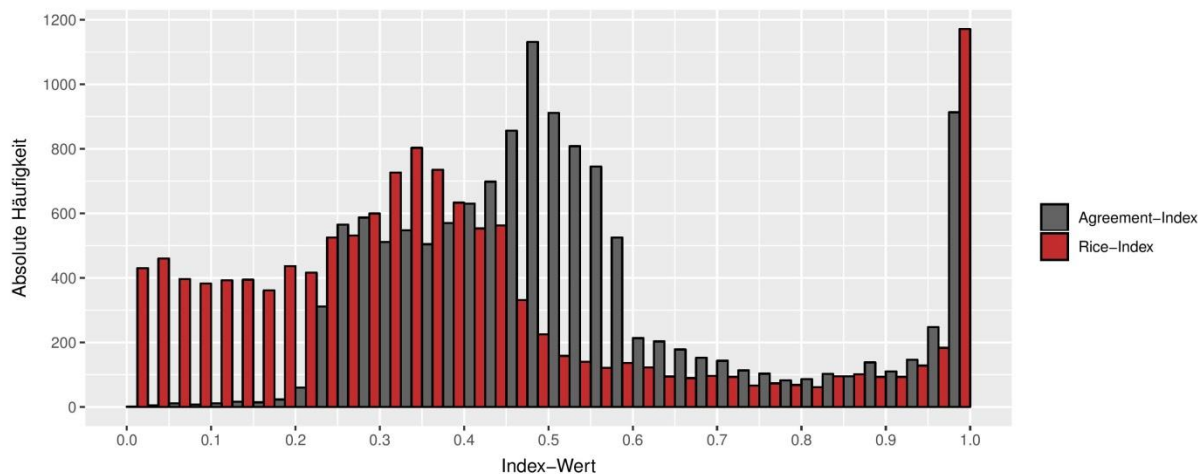


Abbildung 4: Histogramm von Rice-Index und Agreement-Index am Beispiel des Datensatzes Zumbach (2018)

Am Beispiel des in der vorliegenden Arbeit verwendeten Datensatzes Zumbach (2018) vergleicht Abbildung 4 die Häufigkeitsverteilungen der beiden Indizes. Beide Indizes zeigen – mit Ausnahme des zweiten Gipfels am rechten Rand (siehe dazu Kapitel 4.3) – annähernd eine Normalverteilung, wobei jene des Agreement-Index' schmäler (Standardabweichung: 0,21) und etwas nach rechts verschoben (Median: 0,49) ist im Vergleich zum Rice-Index (Standardabweichung: 0,28; Median: 0,34). Der durchschnittliche Agreement-Index liegt bei 0,53, der durchschnittliche Rice-Index beträgt 0,40. Die insgesamt höheren Werte beim Agreement-Index rühren daher, dass er die strengeren Anforderungen für totalen Konflikt stellt als der Rice-Index, was letztlich seine Varianz verringert. Sind beim Rice-Index nur gleich viele Ja- wie Nein-Stimmen gefordert, verlangt der Agreement-Index zusätzlich dieselbe Anzahl Enthaltungen, damit er den Wert null erreicht.

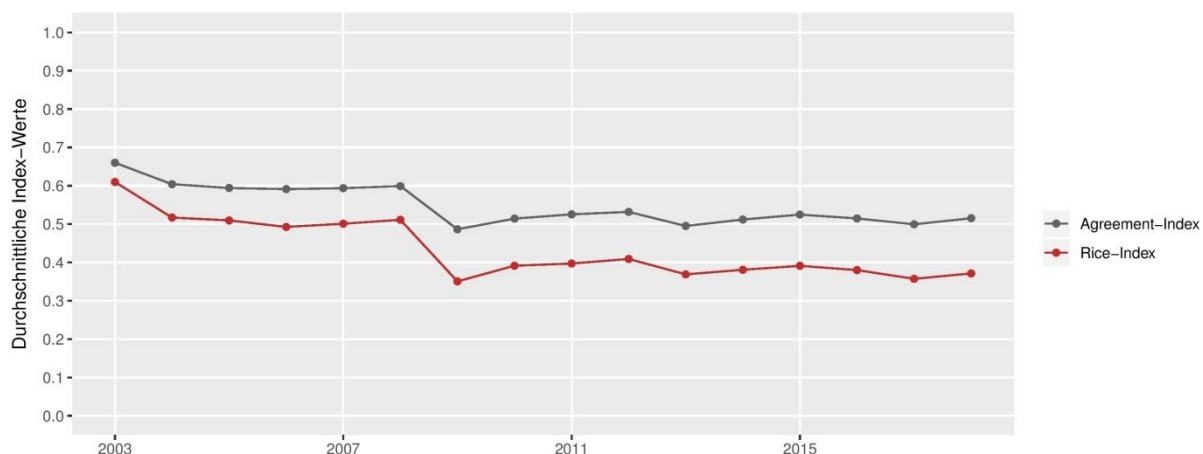


Abbildung 5: Vergleich von Rice-Index und Agreement-Index (Mittelwerte) am Beispiel des Datensatzes Zumbach (2018)

Abbildung 5 zeigt zudem – ebenfalls am Beispiel des Kurzzeitdatensatzes (Zumbach 2018) –, dass sich die beiden Indizes nicht nur in der Verteilung, sondern auch in der Entwicklung des Mittelwertes über die Zeit nicht gross unterscheiden. Der parallele Verlauf der beiden

Kurven weist darauf hin, dass die beiden Kennwerte dieselben Veränderungen wiedergeben und sie nur in absoluten Zahlen anders ausdrücken. Zusätzlich zum geschilderten theoretischen Vorbehalt bezüglich der Aussagekraft von Enthaltungen bietet deren Einbezug auch praktisch keinen substanziellen Mehrwert für die vorliegende Untersuchung. Deshalb wird für die nachfolgenden Analysen der einfacheren Handhabung und Interpretation wegen der Rice-Index (RI) als Konfliktivitätsmass verwendet. Es gilt folglich:

$$\text{Konfliktivität} = 1 - RI$$

4.2.2 Unabhängige Variablen

Als unabhängige Variablen finden die Zeit, die Fragen nach Referendumsmöglichkeit, Vernehmlassung und Volksinitiative, die Parlamentskammer, die fallweise Opposition, das Politikfeld und die Prozessphase Eingang in die Analyse. Diese unabhängigen Variablen lassen sich in abstimmungs-, geschäfts- und legislaturspezifische Merkmale einordnen, welche sich wie folgt beschreiben lassen.

Abstimmungsspezifische Merkmale sind der Zeitpunkt der Abstimmung, die Parlamentskammer, in der die Abstimmung stattgefunden hat, sowie die Prozessphase, der die Abstimmung zuzuordnen ist. Für den Zeitpunkt wird das Jahr als massgebende Grösse verwendet (zur Verteilung siehe Abbildung 1 bis 3). Die Ergebnisse ändern sich nicht substanziell, wenn statt des Jahrs die Legislaturperiode als Messgrösse genommen wird, weshalb darin kein Vorteil gesehen wird. Ein Herunterbrechen auf Sessionen wird ebenfalls nicht als gewinnbringend angesehen, da die Anzahl Abstimmungen pro Session aufgrund der eingeschobenen Sondersessionen stark variieren kann und die Konfliktivität einer Session stärker davon beeinflusst wird, welche Geschäfte in einer Session behandelt werden, als die durchschnittliche Konfliktivität pro Jahr. Indem der Durchschnitt pro Jahr verwendet wird, kann die Entwicklung in einem grösseren Detailliertheitsgrad dargestellt werden als es über die Legislaturperioden möglich ist, wobei gleichzeitig die Anfälligkeit für Ausreisser gegenüber den einzelnen Sessionen vermindert wird.

Die Parlamentskammer wird durch eine dichotome Variable in die Analyse integriert, die die zwei Kategorien Nationalrat und Ständerat unterscheidet (vgl. Abbildung 2). Ebenfalls kategorial ist die Variable Prozessphase (Tabelle 2); sie unterscheidet die Abstimmungen nach den Typen Anstossdebatte, Eintretensdebatte, Ausgabenbremse, Detailberatung, Gesamtabstimmung, Schlussabstimmung und Andere, wobei letztere als Sammelkategorie alle Abstimmungen umfasst, die keiner der vorgenannten spezifischen Kategorien zugeordnet werden können – darunter fallen beispielsweise Ordnungsanträge oder Abstimmungen über die Dringlichkeit, Fristverlängerung oder Abschreibung. Die Unterscheidung nach Prozessphase ist nur im Kurzzeitdatensatz (Zumbach 2018) möglich;

im Langzeitdatensatz entfällt sie, da darin nur Schlussabstimmungen enthalten sind (Ackermann und Bühlmann 2013).

Tabelle 2: Verteilung der Abstimmungen auf die Prozessphasen (Zumbach 2018)

	Anzahl	in %
Anstossdebatte	3683	28.2
Eintretensdebatte	645	4.9
Ausgabenbremse	354	2.7
Detailberatung	5386	41.2
Gesamtabstimmung	1847	14.1
Schlussabstimmung	1012	7.7
Andere	144	1.1
Total	13'071	100

Anmerkungen: Abweichungen bei der Prozentsumme können sich aus Rundungsdifferenzen ergeben.

Tabelle 3: Verteilung der Abstimmungen nach Referendumsmöglichkeit und Volksinitiative in den verwendeten Datensätzen

	Kurzzeitdatensatz (Zumbach 2018)	Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013)	Kombinierter Langzeitdatensatz
Obligatorisches Referendum	217 (1.7%)	141 (5.5%)	95 (4.3%)
Fakultatives Referendum	6721 (51.4%)	2191 (85.2%)	1906 (86.7%)
Kein Referendum	5904 (45.2%)	.	
Volksinitiative	229 (1.8%)	239 (9.3%)	198 (9.0%)
Total	13'071 (100%)	2571 (100%)	2199 (100%)

Anmerkungen: Abweichungen bei der Prozentsumme können sich aus Rundungsdifferenzen ergeben.

Geschäftsspezifische Merkmale sind die Fragen, ob ein Geschäft dem obligatorischen oder fakultativen Referendum untersteht, ob zum Geschäft eine Vernehmlassung stattgefunden hat, ob es sich beim Geschäft um eine Volksinitiative handelt und welchem Politikfeld das Geschäft zuzuordnen ist. Die kategoriale Variable für das Referendum unterscheidet zwischen obligatorischem, fakultativem oder keinem Referendum, wobei einzig die Referendumsmöglichkeit, nicht aber das Zustandekommen eines allfälligen Referendums berücksichtigt wird. Im Langzeitdatensatz entsprechen die Geschäfte ohne Referendumsmöglichkeit den Volksinitiativen, da dieser Datensatz nur referendumpflichtige Geschäfte und Volksinitiativen enthält (Ackermann und Bühlmann 2013). Im Kurzzeitdatensatz sind hingegen alle im Untersuchungszeitraum behandelten Geschäfte enthalten, weshalb sich hier die Variablen Referendum und Volksinitiative nicht gegenseitig bedingen

(Zumbach 2018). Die Verteilung der Abstimmungen nach Referendumsmöglichkeit und Volksinitiative in allen drei verwendeten Datensätzen ist in Tabelle 3 ersichtlich.

Die Vernehmlassung wird mittels einer einfachen Ja/Nein-Variable erfasst. Sie ist nur im Langzeitdatensatz enthalten (Ackermann und Bühlmann 2013). Von den total 2575 Abstimmungen beziehen sich 694 (27%) auf Geschäfte, zu denen eine Vernehmlassung durchgeführt worden ist, während 1881 Abstimmungen (73%) zu Geschäften ohne vorgängige Vernehmlassung gehören.

Tabelle 4: Verteilung der Abstimmungen auf die Politikfelder (Zumbach 2018)

	Anzahl	in %
Bildung und Forschung	760	5.8
Energie	643	4.9
Europapolitik	515	3.9
Finanzwesen	2531	19.4
Gesundheit	874	6.7
Internationale Politik	492	3.8
Kultur	208	1.6
Landwirtschaft	480	3.7
Medien und Kommunikation	324	2.5
Migration	580	4.4
Parlament	349	2.7
Raumplanung und Wohnungswesen	232	1.8
Rechtsordnung	1054	8.1
Sicherheit	686	5.2
Sozialpolitik	892	6.8
Staatspolitik	398	3.0
Steuern	142	1.1
Umwelt	429	3.3
Verkehr	582	4.5
Wirtschaft	900	6.9
Total	13'071	100

Anmerkungen: Abweichungen bei der Prozentsumme können sich aus Rundungsdifferenzen ergeben.

Das Politikfeld wird durch eine kategoriale Variable mit zwanzig Ausprägungen erfasst (Tabelle 4). Um eindeutige, ausschliessende Kategorien zu erhalten, wird jedes Geschäft nur einem Politikfeld zugeordnet, und zwar jenem, wozu der Titel den grössten Bezug herstellt.

Die zwanzig Politikfelder sind: Bildung und Forschung, Energie, Europapolitik, Finanzwesen, Gesundheit, internationale Politik, Kultur, Landwirtschaft, Medien und Kommunikation, Migration, Parlament, Raumplanung und Wohnungswesen, Rechtsordnung, Sicherheit, Sozialpolitik, Staatspolitik, Steuern, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft. Eine solche thematische Zuordnung der Geschäfte ist nur im Kurzzeitdatensatz möglich (Zumbach 2018).

Die einzige unabhängige Variable, die auf Legislaturebene gemessen wird, ist schliesslich die fallweise Opposition. Dem theoretischen Argument folgend, dass fallweise Opposition umso häufiger und stärker vorkommen sollte, je stärker die SP und die SVP im Parlament vertreten sind, wird diese Variable mittels der Sitzzahlen der SP und der SVP in den eidgenössischen Räten operationalisiert. Es werden immer die Sitzzahlen zu Beginn der Legislaturperiode genommen, womit die Werte jeweils für die gesamte Legislaturperiode konstant bleiben. Eine Übersicht über die Sitzzahlen pro Legislatur und wie sich die zu untersuchenden Abstimmungen in den verschiedenen Datensätzen darauf verteilen bietet Tabelle 5.

Tabelle 5: Sitzzahlen von SP und SVP sowie Verteilung der Abstimmungen nach Legislaturperioden in den verschiedenen Datensätzen

	Sitzzahl SP (NR/SR)	Sitzzahl SVP (NR/SR)	Kurzzeitdatensatz (Zumbach 2018)	Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013)	Kombinierter Langzeitdatensatz
39. Legislatur	46 / 4	23 / 5	.	26 (1.0%)	26 (1.2%)
40. Legislatur	55 / 5	21 / 5	.	143 (5.6%)	124 (5.6%)
41. Legislatur	51 / 9	23 / 5	.	268 (10.4%)	134 (6.1%)
42. Legislatur	47 / 6	23 / 5	.	244 (9.5%)	122 (5.5%)
43. Legislatur	41 / 5	25 / 4	.	310 (12.1%)	155 (7.0%)
44. Legislatur	41 / 3	25 / 4	.	458 (17.8%)	229 (10.4%)
45. Legislatur	54 / 5	29 / 5	.	417 (16.2%)	209 (9.5%)
46. Legislatur	51 / 6	44 / 7	.	471 (18.3%)	235 (10.7%)
47. Legislatur	52 / 9	55 / 8	1465 (11.2%)	234 (9.1%)	218 (9.9%)
48. Legislatur	43	62	4022 (30.8%)	.	296 (13.5%)
49. Legislatur	46	54	4539 (34.7%)	.	291 (13.2%)
50. Legislatur	43	65	3045 (23.3%)	.	160 (7.3%)
Total			13'071 (100%)	2571 (100%)	2199 (100%)

Anmerkungen: Abweichungen bei der Prozentsumme können sich aus Rundungsdifferenzen ergeben.

In die Analysen mit dem Kurzzeitdatensatz (Zumbach 2018) sowie mit dem kombinierten Langzeitdatensatz werden nur die Sitzzahlen im Nationalrat integriert, weil damit nur Abstimmungen im Nationalrat Gegenstand der Untersuchung sind. Mit dem Datensatz von

Ackermann und Bühlmann (2013) können hingegen auch Unterschiede zwischen den Räten untersucht werden, weshalb in die Analysen, die auf diesen Daten basieren, auch die Sitzzahlen in beiden Räten einbezogen werden – dies jedoch nicht als Summe pro Partei, sondern als jeweils zwei separate Faktoren. Damit wird einerseits dem Umstand Rechnung getragen, dass die fallweise Opposition im Nationalrat mutmasslich eine sehr viel wichtigere Rolle spielt als in der «chambre de réflexion» (Bütikofer 2014: 31; Bütikofer und Hug 2010: 176; Hermann 2011: 206; Vatter 2016a: 344) und die Sitzzahl im Nationalrat somit die Konfliktivität stärker beeinflussen sollte als jene im Ständerat. Andererseits macht es zur Messung des «Oppositionspotenzials» durchaus Sinn, für jede Abstimmung die Sitzzahlen beider Räte einzubeziehen, auch wenn eine einzelne Abstimmung natürlich nur immer in einem Rat stattfindet. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Sitzzahl der jeweils anderen Kammer – als Teil des «Oppositionspotenzials» – auch in Zusammenhang mit der Ausübung fallweiser Opposition in einem Rat steht. So könnte beispielsweise die Aussicht darauf, im anderen Rat mit der Opposition erfolgreich zu sein – oder mindestens ein wirksames Zeichen zu setzen – auch die Parteikolleginnen und -kollegen in der Schwesterkammer zur Ausübung fallweiser Opposition ermutigen.

In diesem Abschnitt sind nun die Faktoren beschrieben worden, die als unabhängige Variablen in die statistische Analyse einfließen werden. Im folgenden Unterkapitel wird die Auswahl der statistischen Verfahren zur Überprüfung der Hypothesen begründet und das Vorgehen erläutert.

4.3 Analysemethode

Um die Hypothesen mit inferenzstatistischen Mitteln zu überprüfen, kommen Regressionsanalysen zur Anwendung. Damit lineare Regressionsanalysen valide Ergebnisse liefern, müssen die Daten insbesondere vier Annahmen erfüllen: Linearität, Normalität der Residuen, Homogenität in der Varianz der Residuen (Homoskedastizität) und Unabhängigkeit der residualen Fehlerterme (Kassambara 2018; McCarthy 2016). Aufgrund der speziellen Verteilung der abhängigen Variable (vgl. Abbildung 6), sind diese Voraussetzungen nur bedingt erfüllt.

Tabelle 6: Einstimmige Abstimmungen in den Datensätzen

Datensatz	Total Abstimmungen	Einstimmige Abstimmungen	Einstimmige Abstimmungen in %
Kurzzeit (Zumbach 2018)	13'021	892	6.9%
Langzeit (Ackermann und Bühlmann 2013)	2571	1377	53.6%
Kombinierter Langzeitdatensatz	2199	702	31.9%

Insgesamt gehen überzufällig viele parlamentarische Abstimmungen einstimmig (mit oder ohne Enthaltungen) aus. In all diesen – verhältnismässig vielen – Fällen ist die Konfliktivität gleich null (Tabelle 6). Verschärft tritt das Problem auf, wenn die Datengrundlage nur auf Schlussabstimmungen beschränkt wird, wie es im Langzeitdatensatz der Fall ist (Ackermann und Bühlmann 2013).

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wird die schliessende statistische Regressionsanalyse in zwei Schritte unterteilt: In einem ersten Schritt werden mittels eines Logit-Modells und einer Ja/Nein-Variable für Konflikt die Bedingungen eruiert, die überhaupt das *Auftreten eines Konfliktes* in der parlamentarischen Beratung fördern. Im zweiten Schritt kann dann ein lineares Modell, das für alle Fälle geschätzt wird, in denen ein Konflikt auftritt, über die Effekte auf die *Stärke der Konfliktivität* Auskunft geben. Abbildung 6 vergleicht die Verteilung der abhängigen Variable jeweils vor (linke Seite) und nach dem Ausschluss der einstimmigen Abstimmungen (rechte Seite).

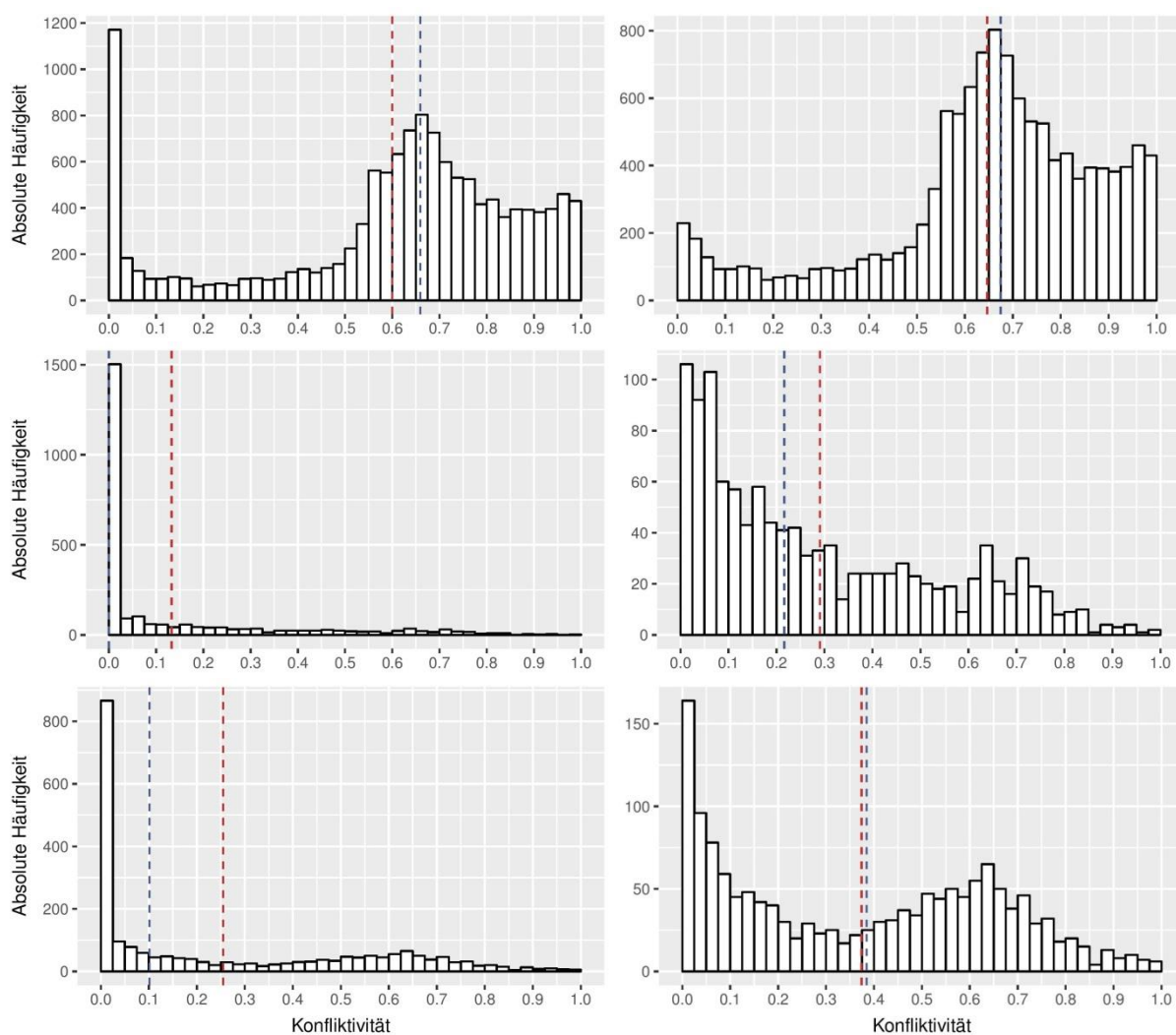


Abbildung 6: Histogramme der Konfliktivität in den verwendeten Datensätzen. Links jeweils im vollständigen Datensatz, rechts nur Fälle mit Konfliktivität > 0. 1. Zeile: Kurzzzeitdatensatz (Zumbach 2018); 2. Zeile: Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013); 3. Zeile: Kombiniertes Langzeitdatensatz. *Anmerkungen:* Die rote gestrichelte Linie markiert den Mittelwert, die blaue den Median.

Tabelle 7: Überblick über die verwendeten Regressionsanalysen

Modell	Datengrundlage	N	Quelle	Unabhängige Variablen	Abhängige Variable	Interpretation der Ergebnisse
Logit 1	Schlussabstimmungen im Nationalrat zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen 1975–2018	2199	Kombinierter Datensatz	Jahr, Referendum/ Volksinitiative, fallweise Opposition	Konflikt (0/1-codiert)	Auftretenshäufigkeit/-wahrscheinlichkeit von Konflikten
Linear 1	Nicht einstimmige Schlussabstimmungen im Nationalrat zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen 1975–2018	1497	Kombinierter Datensatz	Jahr, Referendum/ Volksinitiative, fallweise Opposition	Konfliktivität (graduell)	Konfliktstärke
Logit 2	Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in beiden Räten, 1975–2005	2571	Ackermann und Bühlmann (2013)	Jahr, Referendum/ Volksinitiative, Vernehmlassung, Rat, fallweise Opposition	Konflikt (0/1-codiert)	Auftretenshäufigkeit/-wahrscheinlichkeit von Konflikten
Linear 2	Nicht einstimmige Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in beiden Räten, 1975–2005	1174	Ackermann und Bühlmann (2013)	Jahr, Referendum/ Volksinitiative, Vernehmlassung, Rat, fallweise Opposition	Konfliktivität (graduell)	Konfliktstärke
Logit 3	Alle Abstimmungen im Nationalrat 2003–2018	13'071	Zumbach (2018)	Jahr, Referendum, Volksinitiative, fallweise Opposition, Politikfeld, Prozessphase	Konflikt (0/1-codiert)	Auftretenshäufigkeit/-wahrscheinlichkeit von Konflikten
Linear 3	Alle nicht einstimmigen Abstimmungen im Nationalrat 2003–2018	12'129	Zumbach (2018)	Jahr, Referendum, Volksinitiative, fallweise Opposition, Politikfeld, Prozessphase	Konfliktivität (graduell)	Konfliktstärke

Das zweistufige Vorgehen mit einem Logit- im ersten und einem linearen Regressionsmodell im zweiten Schritt ermöglicht es, die einstimmigen Fälle aus der Datengrundlage für die lineare Regression auszuschliessen. Die so angepassten Daten erfüllen die Voraussetzungen für die Validität von linearen Regressionen erheblich besser, insbesondere was die Linearität und die Normalverteilung der Residuen anbelangt. Letztere kann insbesondere im Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013) erst nach dieser Modifikation als erfüllt betrachtet werden.⁶ Tabelle 7 bietet einen Überblick über die angewandten

⁶ Aufgrund des Wertebereichs der abhängigen Variable zwischen 0 und 1 sowie der Form der Verteilung wurde für den Langzeitdatensatz (Ackermann und Bühlmann 2013) als Alternative auch ein Beta-Regressionsmodell geschätzt, was im Hinblick auf die Ergebnisse jedoch keine substantielle Veränderung brachte (Pseudo-R²:

Regressionsmodelle, die jeweils verwendeten Datengrundlagen, die integrierten unabhängigen Variablen und die Interpretation der Ergebnisse.

5. Ergebnisse und Interpretation

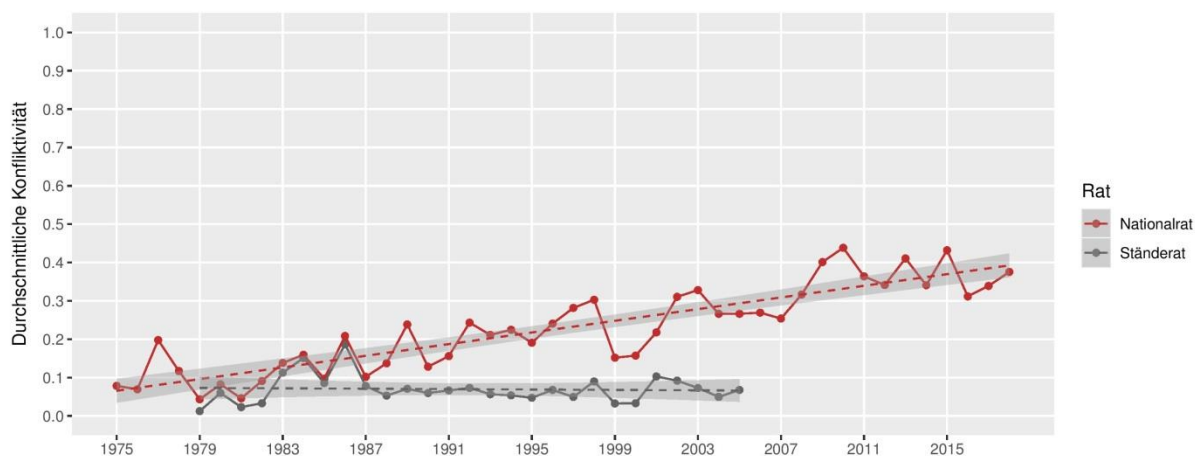


Abbildung 7: Durchschnittliche Konfliktivität bei Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in den eidgenössischen Räten, 1975–2018. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Datensätze von Ackermann und Bühlmann (2013) sowie Zumbach (2018). Anmerkungen: Die gestrichelten Linien zeigen die OLS-Regressionsgeraden mit beidseitigem 95%-Konfidenzintervall.

Ein erster Blick auf die Entwicklung der Konfliktivität von Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen über die Zeit zeigt im Nationalrat klar eine zunehmende Tendenz (Abbildung 7). Dieses Bild entspricht dem aus der Theorie abgeleiteten, erwarteten Zusammenhang und liefert somit eine erste Evidenz dafür, dass die nationalrätliche Auseinandersetzung 2018 weniger konkordant vonstattengeht als noch in den 1970er-Jahren. Im Ständerat, für den die Daten nur bis 2005 verfügbar sind, bestätigt sich dieses Bild jedoch nicht.

Die Schlussabstimmungen sind insofern ein besonders robuster Indikator für diese Entwicklung, da sie nicht die Umstrittenheit einzelner Detailfragen abbilden, sondern zeigen, wie breit die am Ende gefundene (Kompromiss-)Lösung unterstützt wird. Diese Bereitschaft, (Detail-)Konflikte zu überwinden und sich am Schluss im Sinne der inhaltlichen Konkordanz mit einem Kompromiss zufrieden zu geben, scheint insbesondere in der nationalrätlichen Auseinandersetzung zunehmend zu schwinden. Verharrte die durchschnittliche Konfliktivität bei Schlussabstimmungen im Ständerat über den gesamten Untersuchungszeitraum auf mehr oder weniger konstant tiefem Niveau⁷ – im Durchschnitt bei 0,07 –, entfernte sie sich im Nationalrat mit der Zeit immer mehr vom anfänglich ähnlich tiefen Niveau. Von der ersten

0,11). Der einfacheren Handhabung und Interpretation wegen wird deshalb der linearen Regression der Vorzug gegeben.

⁷ Einzig in der 42. Legislatur (1983–1987) schlägt die durchschnittliche Konfliktivität im Ständerat sichtbar nach oben aus und bewegt sich mit einem Legislatur-Durchschnitt von 0,12 kurzzeitig auf demselben Niveau wie im Nationalrat. Für eine Diskussion möglicher Gründe für diesen Ausschlag siehe Fussnoten 8 und 13.

(40. Legislatur, 1975–1979) bis zur letzten vollständig erfassten Legislatur (49. Legislatur, 2011–2015) hat sich die durchschnittliche Konfliktivität im Nationalrat von 0,12 auf 0,38 etwa verdreifacht. Diese allgemeine Feststellung soll nun noch etwas genauer unter die Lupe genommen werden. Im folgenden Abschnitt werden zuerst die Effekte auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten in der parlamentarischen Beratung beschrieben, bevor anschliessend die Determinanten der Konfliktstärke analysiert werden.

5.1 Determinanten der Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten

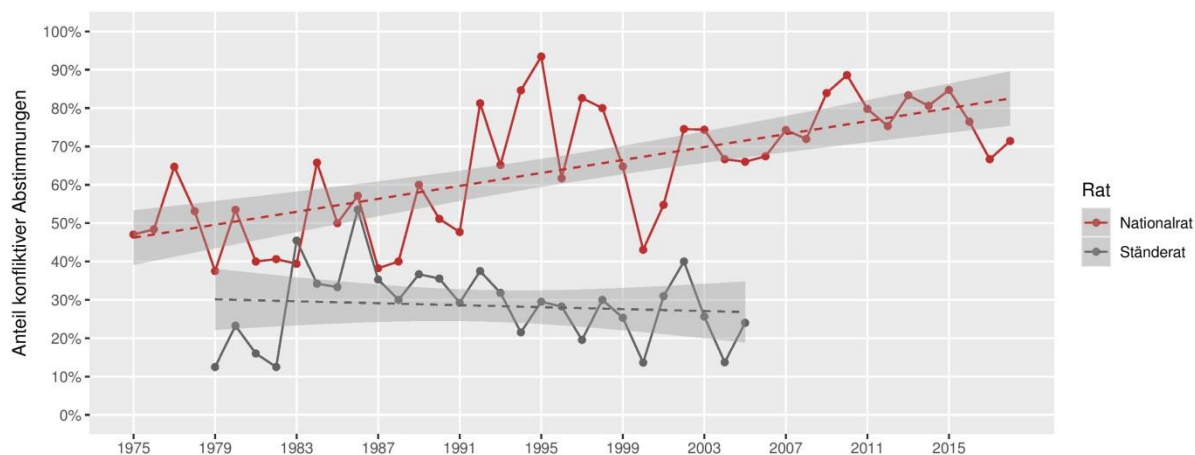


Abbildung 8: Anteil konfliktiver Abstimmungen an den Schlussabstimmungen zu referendumspflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in den eidgenössischen Räten, 1975–2018. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Datensätze von Ackermann und Bühlmann (2013) sowie Zumbach (2018). Anmerkungen: Die gestrichelten Linien zeigen die OLS-Regressionsgeraden mit beidseitigem 95%-Konfidenzintervall.

Abbildung 8 zeigt den Anteil der Schlussabstimmungen zu referendumspflichtigen Geschäften und Volksinitiativen, bei denen überhaupt ein Konflikt auftritt, d. h. deren Ergebnis nicht einstimmig und deren Konfliktivität somit nicht null ist. Erstens sind Konflikte im Nationalrat grundsätzlich häufiger als im Ständerat. Im Nationalrat kommt es über den gesamten Zeitraum hinweg in durchschnittlich 68 Prozent der Schlussabstimmungen zu einem Konflikt, während von den ständerätlichen Schlussabstimmungen im Durchschnitt nur 28 Prozent konfliktiv sind. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass im Nationalrat rund ein Drittel und im Ständerat fast drei Viertel der Schlussabstimmungen einstimmig ausgehen. Zweitens hält sich dieser Wert im Ständerat – mit Ausnahme eines vorübergehenden Hochs in der 42. Legislatur (1983–1987) – über die Zeit auf einem weitgehend gleichbleibenden Niveau.⁸ Im Nationalrat hingegen werden Konflikte bei Schlussabstimmungen zu referendumspflichtigen Geschäften und Volksinitiativen immer häufiger: Lag der Anteil der

⁸ Die Jahre 1983 und 1986 fallen durch besonders häufige Konflikte im Ständerat auf. Mindestens teilweise könnte diese Beobachtung dadurch zu erklären sein, dass in diesen beiden Jahren besonders viele Bundesbeschlüsse zu Volksinitiativen gefasst wurden: Jeweils mehr als 20 Prozent der Schlussabstimmungen betrafen in diesen Jahren Volksinitiativen, während der Anteil Volksinitiativen im gesamten Datensatz bei rund 9 Prozent liegt. Im Nationalrat ist dieser Effekt jedoch nicht beobachtbar, obwohl er im selben Zeitraum über die gleichen Geschäfte befunden hat. Allerdings treten Konflikte im Nationalrat ohnehin häufiger auf als in der Ständekammer, weshalb der konfliktfördernde Effekt der Volksinitiative (vgl. Abbildung 9 bis 11) dort eventuell weniger Einfluss hat.

konfliktiven Schlussabstimmungen zu Beginn des Untersuchungszeitraums (40. Legislatur, 1975–1979) im Durchschnitt noch bei 54 Prozent, trat in der letzten vollständig erfassten Legislatur (49. Legislatur, 2011–2015) in durchschnittlich 81 Prozent der Schlussabstimmungen ein Konflikt auf. Auch die OLS-Regressionsgerade (rote, gestrichelte Linie) weist deutlich nach oben. Dass die untere Konfidenzschranke am Ende des Zeitraums deutlich höher liegt als die obere zu Beginn, zeugt von der statistischen Signifikanz dieses Anstiegs. Welche Faktoren neben dem Zeiteffekt einen Einfluss auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten ausüben, wird im Folgenden mit verschiedenen Logit-Modellen ermittelt.

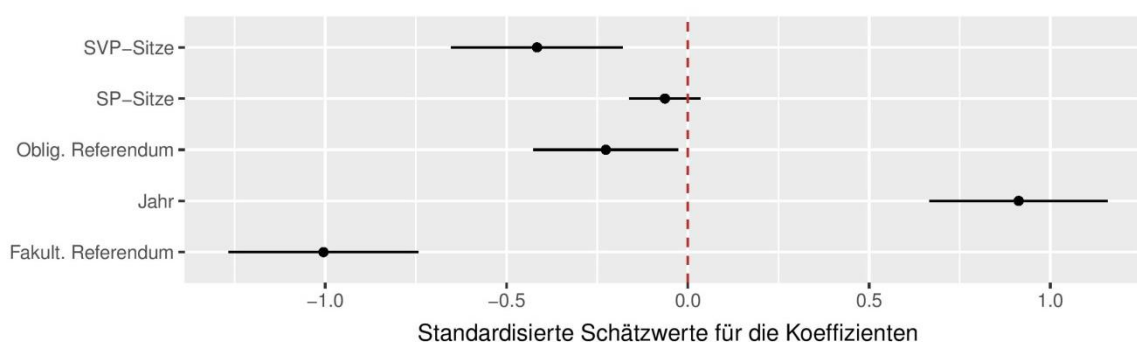


Abbildung 9: Einflussfaktoren auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten (Logit-Modell 1). Quelle: Eigene Darstellung anhand der Datensätze von Ackermann und Bühlmann (2013) sowie Zumbach (2018).⁹ Anmerkungen: Der Datensatz enthält alle Schlussabstimmungen des Nationalrates zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen 1975–2018, N = 2199. Die waagrechten Linien tragen zu jedem Koeffizienten-Schätzwert das beidseitige 95%-Konfidenzintervall ab. Berührt es die rote Nulllinie nicht, ist der entsprechende Effekt statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Durch die Standardisierung sind die Effektgrößen innerhalb des Modells vergleichbar.

Die Ergebnisse des ersten Logit-Modells, das über den längstmöglichen Zeitraum von 1975 bis 2018 über alle nationalrätlichen Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen geschätzt wurde, werden in Abbildung 9 grafisch dargestellt. Dabei zeigt sich, dass ein späterer Zeitpunkt der Abstimmung das Auftreten eines Konfliktes begünstigt. Bei Geschäften, die dem obligatorischen Referendum und – in noch stärkerem Mass – dem fakultativen Referendum unterstehen, treten Konflikte signifikant seltener auf als bei Volksinitiativen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Schlussabstimmungen zu Volksinitiativen signifikant häufiger konfliktiv sind als solche zu referendumpflichtigen Geschäften. Anders als erwartet wirkt sich auch eine hohe Sitzzahl der SVP im Nationalrat negativ auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten aus, wenn im gleichen Modell auch der Zeiteffekt kontrolliert wird. Darin zeigt sich, dass die SVP nicht immer schon eine Oppositions-Spielerin war, sondern diese Rolle erst in jüngerer Zeit verstärkt wahrgenommen hat (vgl. Hildebrand 2017; Linder und Schwarz 2008; Schwarz und Linder 2006; Traber 2015). Da die Datengrundlage dieses ersten Logit-Modells bis ins Jahr 1975 zurück-

⁹ Die Unterscheidung von obligatorischem und fakultativen Referendum wurde von der Autorin im Datensatz von Zumbach (2018) anhand der Swissvotes-Datenbank (Année Politique Suisse / www.swissvotes.ch 2019) ergänzt.

reicht, liegt die überwiegende Mehrheit der Fälle in der Zeit vor der Jahrtausendwende, als die SVP noch hauptsächlich als «kollegialer Juniorpartner» der bürgerlichen Parteien agierte (Hildebrand 2017: 19; Mazzoleni und Skenderovic 2007).

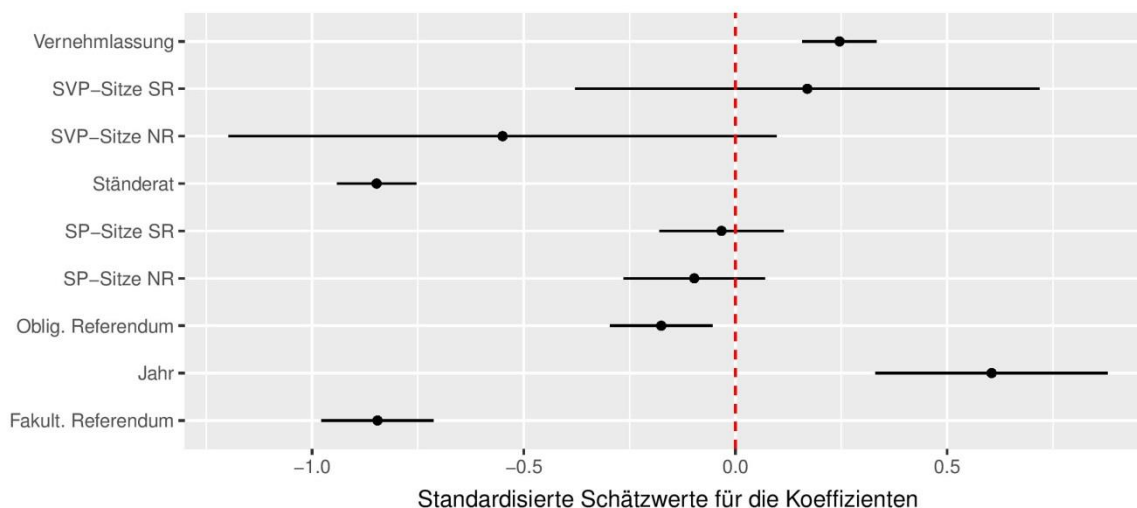


Abbildung 10: Einflussfaktoren auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten (Logit-Modell 2). Quelle: Eigene Darstellung anhand des Datensatzes von Ackermann und Bühlmann (2013). Anmerkungen: Der Datensatz enthält alle Schlussabstimmungen beider eidgenössischer Räte zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen 1975–2018, N = 2571. Die waagrechten Linien tragen zu jedem Koeffizienten-Schätzwert das beidseitige 95%-Konfidenzintervall ab. Berührt es die rote Nulllinie nicht, ist der entsprechende Effekt statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Durch die Standardisierung sind die Effektgrößen innerhalb des Modells vergleichbar.

Mit einer Beschränkung der Datengrundlage auf die Fälle bis 2005 können weitere Variablen ins Modell einbezogen werden (Abbildung 10). Zentral in diesem zweiten Logit-Modell ist die Unterscheidung der beiden Parlamentskammern. So zeigt es denn auch, dass im Ständerat Konflikte bei Schlussabstimmungen signifikant seltener sind als im Nationalrat. Wie schon im vorhergehenden Modell (vgl. Abbildung 9) enden Vorlagen, die dem obligatorischen Referendum unterstehen weniger häufig mit einer konfliktiven Schlussabstimmung als Volksinitiativen. Noch seltener treten Konflikte bei Schlussabstimmungen zu Geschäften mit fakultativem Referendum auf. Während das (fakultative) Referendum hier seine Wirkung als institutioneller Konkordanzzwang zeigt – zumindest im direkten Vergleich mit Volksinitiativen –, trifft das auf das Vernehmlassungsverfahren nicht zu. Im Gegenteil: Dass ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wurde, geht mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einher, dass in der Schlussabstimmung ein Konflikt auftritt. Daraus lässt sich vermutlich eine gewisse Selbstselektion ablesen, die dahingehend wirkt, dass bei grundsätzlich umstrittenen Vorlagen auch eher eine Vernehmlassung durchgeführt wird (Kriesi und Trechsel 2008). Ebenfalls deutlich zeigt sich auch hier der Zeiteffekt: Je später der Zeitpunkt der Abstimmung, desto wahrscheinlicher birgt sie einen Konflikt.

Die umfassende Analyse aller parlamentarischer Abstimmungen im Nationalrat zwischen 2003 und 2018 liegt schliesslich dem dritten Logit-Modell zugrunde (Abbildung 11). Als

zusätzliche Variablen sind hier die Themenfelder und der Abstimmungstyp integriert. Den mit Abstand grössten Einfluss auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten von den hier untersuchten Faktoren hat der Abstimmungstyp. Insbesondere Gesamtabstimmungen, gefolgt von Schlussabstimmungen und Abstimmungen über die Ausgabenbremse weisen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, dass ein Konflikt auftritt, als Abstimmungen während der Detailberatung.¹⁰ Demgegenüber sind Konflikte in Anstossdebatten (d. h. Abstimmungen über die Annahme von parlamentarischen Vorstössen oder das Folgegeben von parlamentarischen und Standesinitiativen) leicht wahrscheinlicher als in der Detailberatung. Schluss- und in noch verstärktem Masse Gesamtabstimmungen bilden folglich tatsächlich eine Art bereinigten Konflikt ab, wo nach strittigen Punkten in der Detailberatung eine breiter akzeptierte Lösung gefunden worden ist.

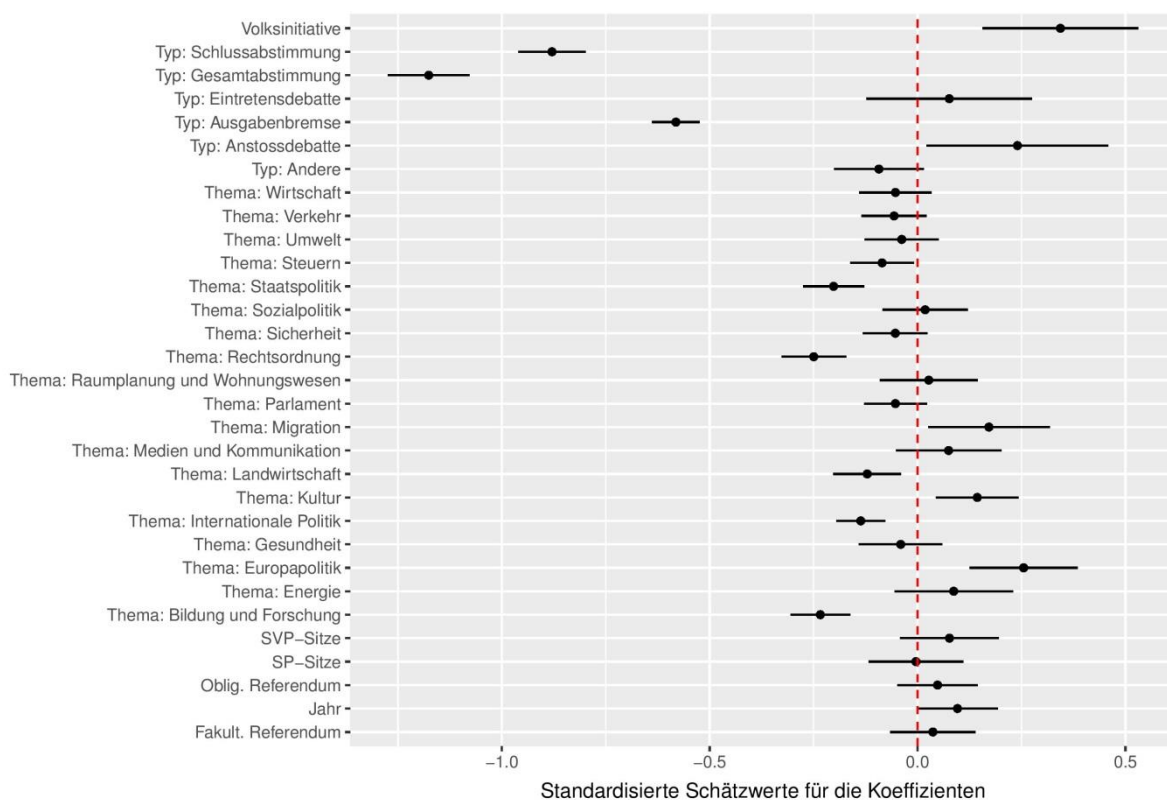


Abbildung 11: Einflussfaktoren auf die Auftretenswahrscheinlichkeit von Konflikten (Logit-Modell 3). Quelle: Eigene Darstellung anhand des Datensatzes von Zumbach (2018).¹¹ Anmerkungen: Der Datensatz enthält alle parlamentarischen Abstimmungen im Nationalrat 2003–2018, N = 13'071. Die waagrechten Linien tragen zu jedem Koeffizienten-Schätzwert das beidseitige 95%-Konfidenzintervall ab. Berührt es die rote Nulllinie nicht, ist der entsprechende Effekt statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Durch die Standardisierung sind die Effektgrössen innerhalb des Modells vergleichbar.

Bezüglich der Themenfelder fällt auf, dass Konflikte bei Vorlagen betreffend die Europapolitik, die Migration und die Kultur am häufigsten auftreten, nämlich signifikant häufiger als bei Vorlagen der Referenzkategorie Finanzwesen.¹² Bei den Themen Rechtsordnung,

¹⁰ Als Kategorie mit den meisten Fällen wurde die Detailberatung zur Referenzkategorie bestimmt.

¹¹ Die Unterscheidung von obligatorischem und fakultativem Referendum wurde von der Autorin im Datensatz von Zumbach (2018) anhand der Swisvotes-Datenbank (Année Politique Suisse / www.swisvotes.ch 2019) ergänzt.

¹² Als Referenzkategorie wurde die Kategorie mit den meisten Fällen bestimmt.

Bildung und Forschung, Staatspolitik, Internationale Politik, Landwirtschaft und Steuern tritt in der parlamentarischen Debatte dagegen weniger wahrscheinlich ein Konflikt auf als im Bereich Finanzwesen. Am seltensten treten Konflikte in den Bereichen Rechtsordnung, Bildung und Forschung sowie Staatspolitik auf.

Während der Zeiteffekt über diese kurze Zeitspanne nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit nachgewiesen werden kann, bestätigt sich jedoch einmal mehr der konfliktfördernde Effekt der Volksinitiative. Kein anderer Faktor erhöht die Auftretenswahrscheinlichkeit eines Konfliktes so stark, wie wenn es sich um eine Volksinitiative handelt. Der Zusammenhang zwischen Referendumsmöglichkeit bzw. -pflicht und Konflikthäufigkeit erweist sich indes unter Kontrolle der genannten zusätzlichen Faktoren nicht als robust. Referendumpflichtige Vorlagen sind also sehr wohl im Vergleich zu Volksinitiativen seltener konfliktiv (vgl. Abbildung 9 und 10), nicht aber im Vergleich zu anderen Geschäften, die nicht dem Referendum unterstehen und auch keine Volksinitiativen sind (Abbildung 11).

5.2 Determinanten der Konfliktstärke

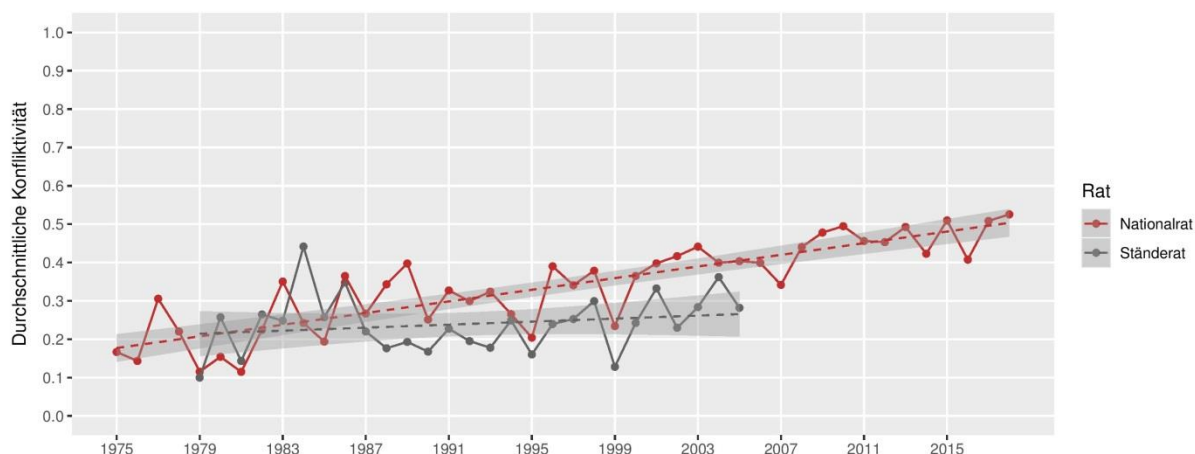


Abbildung 12: Durchschnittliche Konfliktivität bei nicht einstimmigen Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen in den eidgenössischen Räten, 1975–2018. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Datensätze von Ackermann und Bühlmann (2013) sowie Zumbach (2018). Anmerkungen: Die gestrichelten Linien zeigen die OLS-Regressionsgerade mit beidseitigem 95%-Konfidenzintervall.

Durch Beschränkung der Datengrundlage auf alle Fälle mit einer Konfliktivität grösser als null, d. h. auf alle nicht einstimmigen Abstimmungen, kann im Folgenden herausgearbeitet werden, welche Faktoren das Ausmass bzw. die Stärke auftretender Konflikte beeinflussen. Abbildung 12 zeigt die durchschnittliche Konfliktivität der nicht einstimmigen Schlussabstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen und bildet somit die Entwicklung der Konfliktstärke über die Zeit in beiden eidgenössischen Räten ab. Grundsätzlich zeigt sich auch hier das inzwischen bekannte Muster: Wenngleich der Unterschied zwischen National- und Ständerat an dieser Stelle nicht so ausgeprägt erscheint, sind Konflikte in der Volkskammer etwa seit den 1990er-Jahren im Durchschnitt signifikant stärker

als in der Kantonskammer. Dies lässt sich an den beiden Konfidenzintervallen ablesen, die sich ab diesem Zeitpunkt nicht mehr überschneiden. Über den gesamten Zeitraum hinweg haben die Konflikte im Nationalrat einen durchschnittlichen Konfliktivitäts-Wert von 0,37 und im Ständerat von 0,24. Auch hier fällt die 42. Legislatur (1983–1987) im Ständerat mit einem Durchschnittswert von 0,33 als besonders konfliktiv auf, während die Werte über die Zeit sonst mehr oder weniger konstant bleiben.¹³ Im Nationalrat hingegen ist ein deutlicher Anstieg der durchschnittlichen Konfliktstärke über die Zeit erkennbar: Hatte der durchschnittliche Konflikt in der 40. Legislatur (1975–1979) noch einen Konfliktivitäts-Wert von 0,22, lag diese Zahl in der 49. Legislatur (2011–2015) bereits bei 0,46. Im Vergleich zu den 1970er-Jahren sind Konflikte im Nationalrat heute also rund doppelt so stark. Mit verschiedenen linearen Regressionsmodellen werden nun weitere Faktoren neben der Zeit ermittelt, die einen Einfluss auf die Konfliktstärke im Schweizer Parlament ausüben.

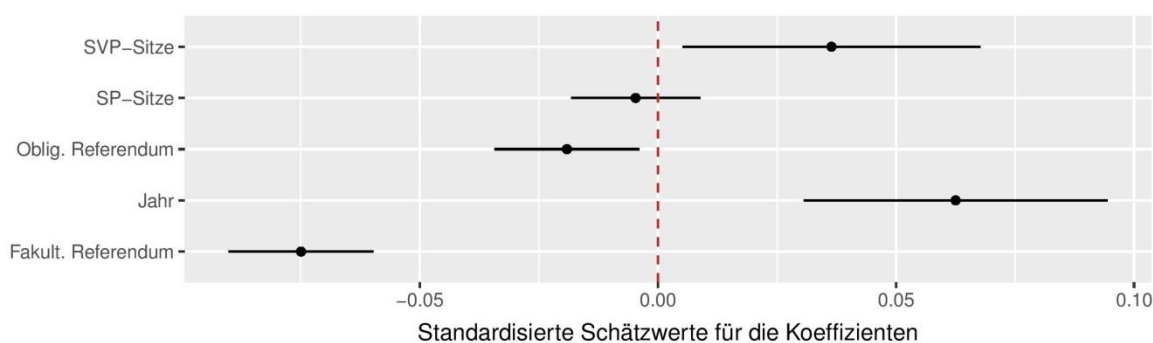


Abbildung 13: Einflussfaktoren auf die Konfliktstärke (lineares Modell 1). Quelle: Eigene Darstellung anhand der Datensätze von Ackermann und Bühlmann (2013) sowie Zumbach (2018).¹⁴ Anmerkungen: Der Datensatz enthält alle nicht einstimmigen Schlussabstimmungen des Nationalrates zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen 1975–2018, N = 1497. Die waagrechten Linien tragen zu jedem Koeffizienten-Schätzwert das beidseitige 95%-Konfidenzintervall ab. Berührt es die rote Nulllinie nicht, ist der entsprechende Effekt statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Durch die Standardisierung sind die Effektgrößen innerhalb des Modells vergleichbar.

Das erste lineare Modell wurde über den längstmöglichen Zeitraum von 1975 bis 2018 über alle nicht einstimmigen Schlussabstimmungen des Nationalrates zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen geschätzt. Dessen Ergebnisse werden in Abbildung 13

¹³ Die Jahre 1984 und 1986 fallen mit besonders heftigen Konflikten im Ständerat auf, wobei der Ausschlag 1986 parallel zum Nationalrat verläuft, jener 1984 aber nicht. Im Jahr 1986 könnten somit allgemein stark umstrittene Geschäfte behandelt worden sein. Von den 38 Schlussabstimmungen im Jahr 1984 waren im Nationalrat 25, im Ständerat nur 13 konfliktiv (vgl. Abbildung 8), diese dafür sehr stark (9 davon stärker als im Nationalrat). Die drei umstrittensten Geschäfte 1984 waren in beiden Räten die Bundesbeschlüsse über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen, über die Volksinitiative «Recht auf Leben» sowie über die Innovationsrisikogarantie. Im Ständerat umstrittener als im Nationalrat waren des Weiteren die Bundesbeschlüsse über die Volksinitiative «für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen», über die Neuverteilung des Reinertrages aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser, über die Aufhebung des Kantonsanteiles am Reinertrag der Stempelabgaben, über die Teuerungszulagen an das Bundespersonal, über die Volksinitiative «zur Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen» sowie eine Änderung des Zivilgesetzbuches zu den Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht. Darunter befinden sich einige Vorlagen, die in besonderem Masse die Kantone betreffen sowie Moralfragen, die die eher konservative Kantonskammer mitunter stärker entzweiten als die Volkskammer.

¹⁴ Die Unterscheidung von obligatorischem und fakultativem Referendum wurde von der Autorin im Datensatz von Zumbach (2018) anhand der Swisvotes-Datenbank (Année Politique Suisse / www.swisvotes.ch 2019) ergänzt.

zusammengefasst. Konflikte sind bei Abstimmungen, die Volksinitiativen betreffen, signifikant stärker als bei Abstimmungen zu referendumpflichtigen Geschäften, wobei sie bei Vorlagen, die dem obligatorischen Referendum unterstehen, immer noch stärker sind als bei solchen mit fakultativem Referendum. Zudem wirken sowohl ein späterer Zeitpunkt als auch eine grössere Sitzzahl der SVP im Nationalrat verstärkend auf Konflikte. Die fortschreitende Zeit sowie Volksinitiativen wirken also sowohl auf die Konfliktstärke als auch auf die Konfliktwahrscheinlichkeit (vgl. Abbildung 9) verstärkend. Die Sitzzahl der SP steht mit keiner der beiden Grössen in einem signifikanten Zusammenhang, während eine grössere Sitzzahl der SVP mit weniger häufigen, aber umso stärkeren Konflikten einhergeht.

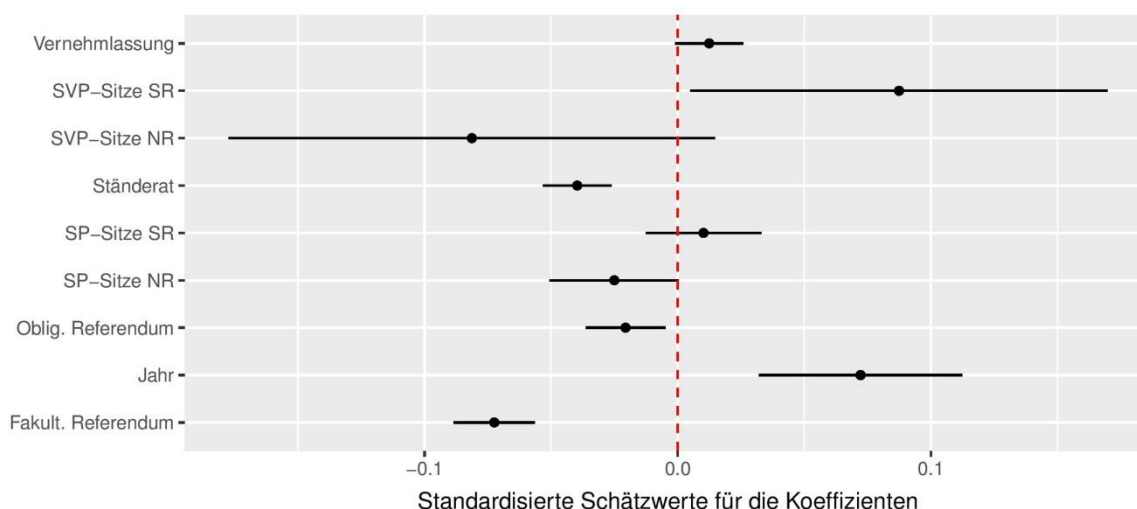


Abbildung 14: Einflussfaktoren auf die Konfliktstärke (lineares Modell 2). Quelle: Eigene Darstellung anhand des Datensatzes von Ackermann und Bühlmann (2013). Anmerkungen: Der Datensatz enthält alle nicht einstimmigen Schlussabstimmungen beider eidgenössischer Räte zu referendumpflichtigen Geschäften und Volksinitiativen 1975–2005, N = 1174. Die waagrechten Linien tragen zu jedem Koeffizienten-Schätzwert das beidseitige 95%-Konfidenzintervall ab. Berührt es die rote Nulllinie nicht, ist der entsprechende Effekt statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Durch die Standardisierung sind die Effektgrössen innerhalb des Modells vergleichbar.

Das zweite lineare Modell (Abbildung 14) berücksichtigt erneut nur die Abstimmungen bis 2005, ermöglicht aber die Unterscheidung der beiden Räte. Demnach sind Konflikte im Ständerat signifikant schwächer als im Nationalrat. Ausserdem sind Abstimmungen über Vorlagen, die dem obligatorischen Referendum unterstehen, schwächer konfliktiv als Volksinitiativen. Die noch schwächeren Konflikte ergeben sich bei Abstimmungen über Geschäfte, die dem fakultativen Referendum unterstehen – ein weiterer Hinweis auf dessen konkordanzfördernde Wirkung. Des Weiteren steht der Sitzanteil der SVP im Ständerat in einem positiven Zusammenhang mit der Konfliktstärke. Schliesslich tritt auch hier der Zeiteffekt wieder zu Tage: je später der Zeitpunkt der Abstimmung, desto stärker der Konflikt.

Abbildung 15 zeigt die Ergebnisse des dritten linearen Modells, das über alle parlamentarischen Abstimmungen im Nationalrat zwischen 2003 und 2018 mit nicht einstimmigem Ergebnis geschätzt wurde. Als zusätzliche Faktoren werden hier wiederum der Abstim-

mungstyp und das Themenfeld berücksichtigt. Wie schon oben in Bezug auf die Konfliktwahrscheinlichkeit (vgl. Abbildung 11) hat auch hier in Bezug auf die Konfliktstärke der Abstimmungstyp den grössten Effekt. Bei Gesamtabstimmungen, gefolgt von den Schlussabstimmungen, sind Konflikte am schwächsten ausgeprägt. Etwas stärker, aber immer noch signifikant schwächer als in der Referenzkategorie Detailberatung sind Konflikte bei Abstimmungen über die Ausgabenbremse sowie bei Abstimmungen der Eintretensdebatte. Während in der Detailberatung verschiedene Ansichten aufeinanderprallen und Konflikte durchaus heftig ausgefochten werden, gehen Schluss- und in noch verstärktem Mass Gesamtabstimmungen konkordanter vonstatten.

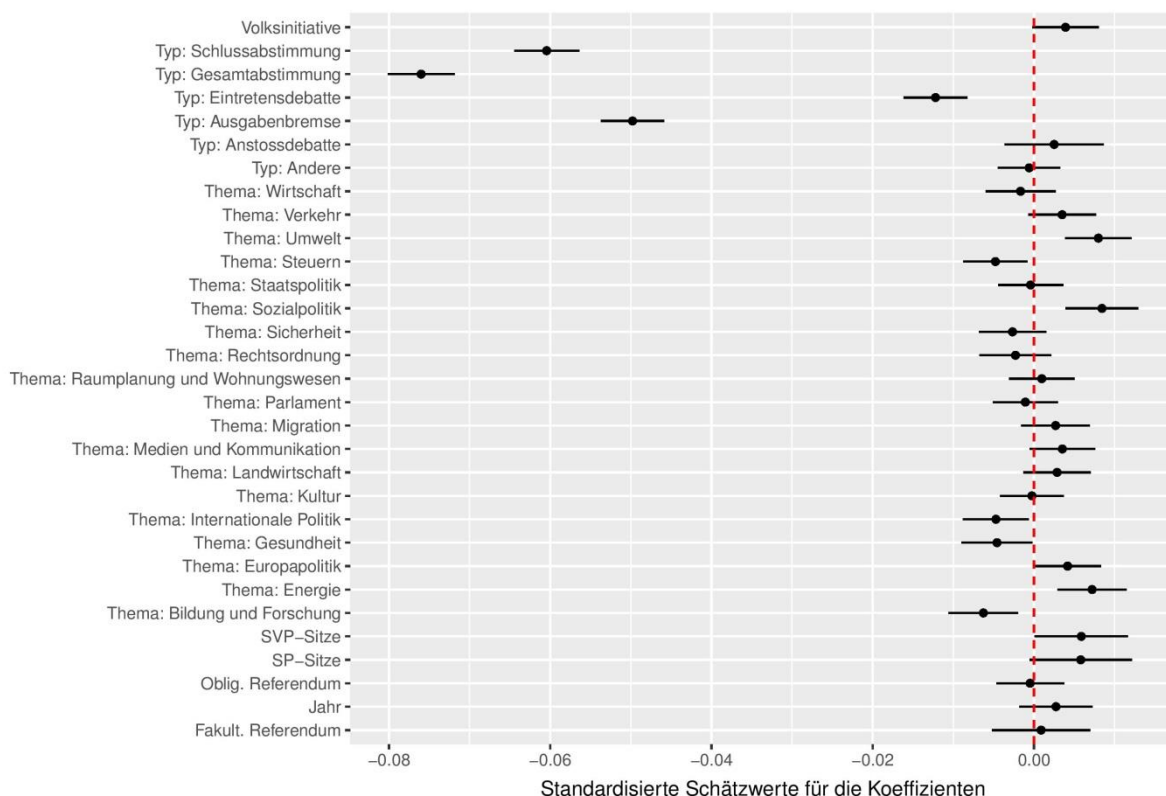


Abbildung 15: Einflussfaktoren auf die Konfliktstärke (lineares Modell 3). *Quelle:* Eigene Darstellung anhand des Datensatzes von Zumbach (2018).¹⁵ *Anmerkungen:* Der Datensatz enthält alle nicht einstimmigen parlamentarischen Abstimmungen im Nationalrat 2003–2018, N = 12'129. Die waagrechten Linien tragen zu jedem Koeffizienten-Schätzwert das beidseitige 95%-Konfidenzintervall ab. Berührt es die rote Nulllinie nicht, ist der entsprechende Effekt statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Durch die Standardisierung sind die Effektgrössen innerhalb des Modells vergleichbar.

Mit Blick auf die Themenfelder führen Abstimmungen in den Bereichen Sozialpolitik, Umwelt, Energie und Europapolitik zu den stärksten Konflikten. Diese vier Bereiche sind signifikant stärker konfliktiv als die Referenzkategorie Finanzwesen. Demgegenüber sind die Konflikte in den Bereichen Bildung und Forschung, Internationale Politik, Gesundheit und Steuern signifikant schwächer als im Finanzwesen. Der Bereich Bildung und Forschung birgt tendenziell die schwächsten Konflikte.

¹⁵ Die Unterscheidung von obligatorischem und fakultativem Referendum wurde von der Autorin im Datensatz von Zumbach (2018) anhand der Swisvotes-Datenbank (Année Politique Suisse / www.swisvotes.ch 2019) ergänzt.

Wie schon bei der Analyse der Konfliktwahrscheinlichkeit (vgl. Abbildung 11) zeigt sich auch hier in diesem verkürzten Zeitraum kein Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt der Abstimmung und der Konfliktstärke. Ebenfalls keinen signifikanten Einfluss auf die Konfliktstärke haben Volksinitiative und Referendum. Demgegenüber sind Konflikte im Nationalrat umso stärker, je höher der Sitzanteil der SVP in dieser Kammer ist.

5.3 Zusammenfassung der Ergebnisse

Tabelle 8: Festgestellte Einflüsse auf die Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung

Faktor	Effekt auf die Konfliktwahrscheinlichkeit	Effekt auf die Konfliktstärke	Hypothese
Fortschreitende Zeit	↑	↑	H1: ↑ (bestätigt)
Referendum	Obligatorisch (↓) Fakultativ (↓↓)	Obligatorisch (↓) Fakultativ (↓↓)	H2: ↓ (mit Vorbehalt bestätigt)
Vernehmlassung	↑	.	H3: ↓ (nicht bestätigt)
Volksinitiative	↑	(↑)	H4: ↑ (mit Vorbehalt bestätigt)
Ständerat	↓	↓	H5: ↓ (bestätigt)
Fallweise Opposition	SP (beide Räte) . SVP Nationalrat (↓) SVP Ständerat .	SP (beide Räte) . SVP Nationalrat (↑) SVP Ständerat ↑	H6: ↑ (teilweise bestätigt)
Politikfeld	Europapolitik ↑ Migration ↑ Kultur ↑	Sozialpolitik ↑ Umwelt ↑ Energie ↑ Europapolitik ↑	H7a: ↑ (teilweise bestätigt)
	Rechtsordnung ↓ Bildung und Forschung ↓ Staatspolitik ↓ Internationale Politik ↓ Landwirtschaft ↓ Steuern ↓	Bildung und Forschung ↓ Steuern ↓ Internationale Politik ↓ Gesundheit ↓	H7b: ↓ (bestätigt)
Prozessphase	Gesamtabstimmung ↓↓ Schlussabstimmung ↓↓ Ausgabenbremse ↓ Anstossdebatte ↑	Gesamtabstimmung ↓↓ Schlussabstimmung ↓↓ Ausgabenbremse ↓ Eintretensdebatte ↓	H8: ↓ (bestätigt)

Anmerkungen: In Klammern = mit Vorbehalt.

Abschliessend bietet Tabelle 8 einen Überblick über alle in den Analysen festgestellten Zusammenhänge zwischen den untersuchten Einflussfaktoren und der Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung. Mit fortschreitender **Zeit** erhöhen sich erwartungsgemäss sowohl die Konfliktwahrscheinlichkeit als auch die Konfliktstärke, wobei dieser Zusammenhang im Kurzzeitdatensatz ab 2003 nicht nachgewiesen werden konnte. Über die längere Zeitspanne beginnend in den 1970er-Jahren zeigen sich die Zeiteffekte allerdings deutlich. Hypothese 1 kann somit bestätigt werden.

Das **Referendum** zeigt insofern einen Effekt, als bei Geschäften mit fakultativem Referendum sowohl die Konfliktwahrscheinlichkeit als auch die Konfliktstärke tiefer liegen als bei Vorlagen mit obligatorischem Referendum. Beide Referendumsarten zeigen ihren konflikt-hemmenden Effekt jedoch nur im Vergleich zu Volksinitiativen. Im Vergleich zu Geschäften ohne Referendumsmöglichkeit oder -pflicht und die keine Volksinitiativen sind, bestätigt sich die Konkordanzwirkung des Referendums in seinen beiden Ausprägungen nicht. Hypothese 2 kann daher nur mit Vorbehalt bestätigt werden. Demgegenüber sind **Volksinitiativen** signifikant häufiger und stärker konfliktiv als referendumpflichtige Geschäfte. Der Effekt der Volksinitiative auf die Konfliktwahrscheinlichkeit besteht auch gegenüber nicht referendumpflichtigen Geschäften, nicht aber jener auf die Konfliktstärke. Somit kann auch Hypothese 4 mit Vorbehalt bestätigt werden.

Entgegen der theoretischen Erwartung offenbarte das **Vernehmlassungsverfahren** keine konfliktmindernde Wirkung – im Gegenteil: Vorlagen, bei denen ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden ist, sind signifikant häufiger konfliktiv als solche ohne Vernehmlassung. Dieses Ergebnis ist vermutlich der Tatsache geschuldet, dass bei umstrittenen Geschäften eher eine Vernehmlassung durchgeführt wird als bei unumstrittenen. Ein Zusammenhang des Vernehmlassungsverfahrens mit der Konfliktstärke konnte hingegen nicht festgestellt werden. Hypothese 3 kann nicht bestätigt werden.

Gegenüber dem Nationalrat sind Konflikte im **Ständerat** sowohl signifikant weniger häufig als auch weniger stark. Während die Konkordanz im Nationalrat über die Zeit geschwächt worden ist, blüht sie im Ständerat immer noch mehr oder weniger «in alter Frische». Hypothese 5 hat sich somit bestätigt. Die Sitzzahl der SP steht schliesslich in beiden Räten weder mit der Konfliktwahrscheinlichkeit noch mit der Konfliktstärke in einem signifikanten Zusammenhang. Demgegenüber sind Konflikte in beiden eidgenössischen Räten umso stärker, je höher die Sitzzahl der SVP im Ständerat und umso stärker im Nationalrat, je höher die Sitzzahl der SVP im Nationalrat. Mit der Konfliktwahrscheinlichkeit zeigt die Sitzzahl der SVP hingegen nur über den langen Zeitraum im Nationalrat einen Zusammenhang, und zwar in die entgegengesetzte Richtung als erwartet, was ihre frühere Rolle als bürgerliche Juniorpartnerin und Mehrheitsbeschafferin hervorhebt (Hildebrand 2017; Mazzoleni und Skenderovic 2007). Hypothese 6 zum Einfluss der **fallweisen Opposition** kann folglich nur teilweise bestätigt werden, und zwar insofern, dass eine höhere Sitzzahl der SVP mit stärkeren Konflikten einhergeht.

Von den untersuchten **Politikfeldern** weist einzig die Europapolitik sowohl eine erhöhte Konfliktwahrscheinlichkeit als auch eine erhöhte Konfliktstärke gegenüber der Referenzkategorie Finanzwesen auf. Während Migrations- und Kulturpolitik häufiger konfliktträchtig sind als das Finanzwesen, sind Konflikte in der Sozial-, Umwelt- und Energiepolitik

signifikant stärker als im Finanzwesen. Dies deckt sich grösstenteils mit früheren Befunden, wo die Migrations-, Sozial-, Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik als besonders konfliktiv bezeichnet wurden. Die häufigen und starken Konflikte in der Europapolitik scheinen dagegen ein neueres Phänomen zu sein, da dieses Politikfeld in früheren Untersuchungen nicht derartig aufgefallen ist – auch nicht bei Schwarz und Linder (2006), deren Untersuchungszeitraum von 1996 bis 2005 reicht. Hypothese 7a kann also mit Vorbehalt als bestätigt erachtet werden. Seltener und schwächer als in der Referenzkategorie Finanzwesen sind Konflikte in den Politikfeldern Bildung und Forschung, Internationale Politik und Steuern. Während die Bereiche Rechtsordnung, Staatspolitik und Landwirtschaft durch eine geringere Konfliktwahrscheinlichkeit als das Finanzwesen gekennzeichnet sind, sind Konflikte in der Gesundheitspolitik signifikant schwächer. Hypothese 7b kann daher bestätigt werden, da sich die Bildungs- und die internationale Politik erwartungsgemäss als wenig konfliktiv herausstellten.

Wie gemäss Hypothese 8 erwartet, steht auch die **Prozessphase** in Zusammenhang mit der Konfliktivität. Gesamt- und in leicht geringerem Mass Schlussabstimmungen sind seltener und auch weniger stark konfliktgeladen als Abstimmungen während der Detailberatung. In noch geringerem Ausmass trifft dies auch auf Abstimmungen über das Lösen der Ausgabenbremse zu. Eintretensabstimmungen weisen ebenfalls schwächere Konflikte auf als die Detailberatung, währenddessen in der Anstossdebatte Konflikte leicht wahrscheinlicher sind als in der Detailberatung. Beachtet werden muss hierbei jedoch, dass über unbestrittene Anträge in der Detailberatung und den vorhergehenden Prozessphasen keine formelle Abstimmung durchgeführt wird, weshalb die Konfliktivität hier eher etwas überschätzt sein dürfte (Schwarz und Linder 2006: 43). Die Effekte von Gesamt- und Schlussabstimmungen auf die Konfliktivität sind allerdings sehr deutlich ausgefallen, weshalb Hypothese 8 als bestätigt erachtet wird.

6. Diskussion und Fazit

Trotz der eingangs beschriebenen Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Umfeld, darunter insbesondere der Globalisierung, Polarisierung, Mediatisierung und Personalisierung der Politik, und der daraus resultierenden Herausforderungen für die Konkordanz, ist es mit Blick auf die Konfliktivität bei Abstimmungen nicht angezeigt, die Konkordanz im schweizerischen Parlament als verloren zu bezeichnen. Die institutionellen Rahmenbedingungen des schweizerischen politischen Systems sind auf Konkordanz ausgelegt und vermögen es immer noch, diese zu fördern.

Erstens zeigt sich der Konkordanzzwang des Referendums – insbesondere des fakultativen Referendums – nicht gänzlich wirkungslos und veranlasst das Parlament dazu, breit abgestützte Mehrheiten zu finden und wenn es darauf ankommt, an einem Strick zu ziehen. Dass das obligatorische Referendum weniger konflikthemmend wirkt als das fakultative, liegt mutmasslich daran, dass obligatorische Referenden nur bei Verfassungsänderungen und dem Beitritt zu supranationalen Organisationen vorgesehen sind. Sie betreffen damit vor allem Entscheide mit grosser Tragweite, womit für alle Beteiligten mehr Grundsätzliches auf dem Spiel steht und daher auch mit härteren Bandagen gekämpft wird als bei fakultativen Referenden, die «nur» Bundesgesetze betreffen. Andererseits enthalten Bundesgesetze konkretere Normen, die einen direkteren Einfluss auf das tägliche Leben in der Schweiz haben, als übergeordnete Verfassungsbestimmungen, die bei der Umsetzung oft einen gewissen Spielraum bieten. Bei Bundesgesetzen wird daher unter Umständen mehr Wert darauf gelegt, mit der konkreten Ausgestaltung alle referendumsfähigen Gruppen zufriedenzustellen. Darüber hinaus laufen die Regierung und das Parlament statistisch gesehen bei fakultativen Referenden die grössere Gefahr, die Volksabstimmung zugunsten des Status quo zu verlieren, womit die ganze Gesetzgebungsarbeit zunichte gemacht wird (Kriesi und Trechsel 2008; Vatter 2016a). Auch deshalb sollte hier der Anreiz zum breiten Kompromiss besonders gross sein.

Zweitens sind Volksinitiativen naturgemäss konfliktiv. Als ursprünglich für Minderheiten konzipiertes Instrument dürfen und sollen sie Konflikte ins System bringen. Wie obligatorische Referenden betreffen sie die Verfassungsebene und damit grundsätzliche Fragen der Rechtsordnung, über die diametral entgegengesetzte Vorstellungen aufeinanderprallen können. Ausserdem werden Volksinitiativen meistens von einzelnen Parteien oder Interessenorganisationen lanciert. Deren partikulare Forderungen müssen nicht unbedingt auf breite Unterstützung stossen, was unvermeidlich zu Konflikten führt.

Drittens ist die Konfliktivität im Ständerat über die gesamte untersuchte Zeitperiode weitestgehend stabil; die Gründe für die auffallend starken und häufigen Konflikte zwischen 1983 und 1987 könnten Gegenstand weiterführender Forschung sein. Da es sich dabei nur um ein vorübergehendes Phänomen handelt, hält der Ständerat seine Stellung als Bastion der Konkordanz seit den 1970er-Jahren insgesamt unverändert. Er nimmt seine Aufgabe als «chambre de réflexion» (Bütikofer 2014: 31; Bütikofer und Hug 2010: 176; Hermann 2011: 206; Vatter 2016a: 344) tatsächlich wahr und findet eher Kompromisse als der Nationalrat, wo Konflikte häufiger auftreten und stärker ausgefochten werden. Unbeeindruckt von den tiefgreifenden Umbrüchen der 1990er-Jahre verabschiedet der Ständerat auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch rund drei Viertel aller Gesetze in der Schlussabstimmung einstimmig.

Viertens sind es im parlamentarischen Prozess vor allem die Anstossdebatten, d. h. die Frage, ob ein parlamentarischer Vorstoss überwiesen wird oder nicht, und die Detailberatung, d. h. die Ausarbeitung der einzelnen Gesetzesartikel, die häufig von Konflikten geprägt sind. Demgegenüber treten Konflikte in Gesamt- und Schlussabstimmungen deutlich seltener auf und sind, wenn sie denn vorkommen, auch signifikant schwächer. Dies impliziert, dass vor allem während der inhaltlichen Beratung der Geschäfte heftig gestritten wird – was ja durchaus so sein soll. Im Parlament sollen ja gerade verschiedene Meinungen diskutiert werden. Am Schluss jedoch, wenn ein fertiger Vorschlag vorliegt, kommt die Konkordanz zum Tragen, indem eine breite Mehrheit die gemeinsam erarbeitete Lösung akzeptiert.

Fünftens geht ein höheres Potenzial für fallweise Opposition – ausgedrückt in grösseren Sitzzahlen der beiden heutigen Polparteien SP und SVP – nicht mit einer erhöhten Konfliktwahrscheinlichkeit einher. Bei der SVP überwiegt über den langen Zeitraum betrachtet ihre Vergangenheit als konsensorientierte, bürgerliche Juniorpartnerin ihr neueres Oppositionspotenzial. Im Gegensatz zur SVP, die ihre Sitzzahl im Nationalrat seit den 1970er-Jahren mehr als verdoppeln konnte, weist die SP in Bezug auf die Sitzzahl eine relativ geringe Varianz über die Zeit auf, was das Feststellen eines solchen Effekts erschwert. Die SP wird aber ohnehin über weite Strecken als «kompromissbereiter Partner der bürgerlichen Mehrheit» gesehen (Hildebrand 2017: 152), nicht zuletzt weil sie sich von Anfang an einem «konkordanzdemokratischen Elitekonsens» gegenüber sah, dessen Strategie es war, «jede Form der Polarisierung als <undemokratisch> und <unschweizerisch> zu diffamieren und fundamentaloppositionelle Projekte im Keim zu ersticken oder zumindest mittelfristig zu unterminieren» (Hildebrand 2017: 163).

Sechstens ist ein signifikanter Anstieg der Konfliktivität nur im langen Zeitraum seit den 1970er-Jahren festzustellen. Wird nur die jüngere Entwicklung ab 2003 betrachtet, ist keine signifikante Zunahme von Konflikten mehr festzustellen. Dies könnte darauf hindeuten, dass der Anstieg vor allem während der Phase der grossen Umbrüche ausgangs des 20. Jahrhunderts stattgefunden hat und danach wieder abgeflacht ist.

Die Konkordanz ist zum heutigen Zeitpunkt also nicht aus dem Schweizer Parlament verschwunden. Dennoch ist in der parlamentarischen Auseinandersetzung ein gewisser Wandel festzustellen. So hat erstens die Konfliktivität im Nationalrat über die Zeit signifikant zugenommen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Auftretenswahrscheinlichkeit als auch hinsichtlich der Stärke von Konflikten. Im Nationalrat treten Konflikte heute häufiger und stärker auf als früher.

Diese Entwicklungen sind zweitens insbesondere auch bei Schlussabstimmungen zu beobachten. Obwohl sie nach wie vor deutlich weniger konfliktgeladen sind als die Detailberatung, ist das insofern bemerkenswert, als dass Schlussabstimmungen am Ende des parlamentarischen Aushandlungsprozesses stattfinden und somit zu einem Zeitpunkt, an dem Konflikte eigentlich beigelegt und Kompromisslösungen zur Abstimmung stehen sollten. Dass solche Abstimmungen im Nationalrat immer häufiger und stärker konfliktiv werden, ist ein Zeichen dafür, dass in der Volkskammer heute durchaus weniger Kompromissbereitschaft vorhanden ist und der Konkordanz weniger Bedeutung beigemessen wird als noch in den 1970er-Jahren.

Drittens fällt auf, dass mit der zunehmenden Sitzzahl der SVP zwar nicht mehr, aber verstärkte Konflikte im Parlament einhergehen. Im Gegensatz zur SP, die sich mehr oder weniger in den konkordanzdemokratischen Elitekonsens einfügte, um «als verantwortungsbewusste, an konstruktiven Lösungen interessierte politische Kraft wahrgenommen» (Hildebrand 2017: 160) zu werden, schien dieser Druck auf die «neue SVP» (Mazzoleni und Skenderovic 2007: 93) nicht die gleiche Wirkung zu haben. Aufgrund ihrer Vergangenheit als langjährige, verlässliche und vertrauenswürdige Partnerin im parlamentarischen bürgerlichen Block sowie in der Regierung, musste sie ihre Glaubwürdigkeit nicht mehr zuerst unter Beweis stellen und konnte es sich so erlauben, aus dem Elitekonsens auszuscheren, «ohne das symbolische Kapital einer verantwortungsvollen Regierungspartei einzubüssen» (Hildebrand 2017: 338; vgl. auch Mazzoleni und Skenderovic 2007).

Mit der Europapolitik und der Migration treten in letzter Zeit Konflikte zudem in jenen Themenbereichen gehäuft auf, die von der SVP intensiv bewirtschaftet werden (Hildebrand 2017; Kriesi 2015; Mazzoleni und Skenderovic 2007). Darin widerspiegeln sich nicht zuletzt die zunehmende Globalisierung, Polarisierung und Mediatisierung der Schweizer Politik – Prozesse, mit denen der Aufstieg der SVP in den 1990er-Jahren einhergegangen ist. Ganz ohne Auswirkungen scheinen die Umbrüche jener Dekade auf die Konkordanz in der Bundesversammlung also nicht geblieben zu sein.

Was bedeutet diese Entwicklung für die Zukunft der Schweizer Politik? Im politischen System der Schweiz mit seinen bestehenden institutionellen Konkordanzzwängen, die kooperatives Eliterverhalten und Kompromissfindung zu Voraussetzungen einer erfolgreichen Entscheidungsfindung machen, verheisst die zunehmende Konfliktivität und der damit einhergehende Bedeutungsverlust der Konkordanz im parlamentarischen Prozess nichts Gutes. Der zunehmend «imperfekte» oder «kompetitive» Konsens» (Sciarini 2015a: 256) mit instabileren und weniger vorhersehbaren Koalitionen ist in Bezug auf die Regierbarkeit der Schweiz durchaus Grund zur Sorge. Die Schweiz befindet sich damit auf dem Weg zu einer «zentrifugalen Demokratie» (Vatter 2016b: 72), die von Stillstand und politischen Krisen

geprägt wird. Nicht zuletzt gefährdet der schwindende Kooperationswille der politischen Akteure die Flexibilität der Schweiz und ihr Anpassungsvermögen an neue Herausforderungen, seien diese interner oder internationaler Natur (Bochsler et al. 2015).

Obwohl die zunehmende Konfliktivität im Parlament so gesehen für das politische System der Schweiz, wie es bisher bestanden hat, eine Herausforderung darstellt, heisst das nicht, dass es schlecht um die Demokratie in der Schweiz steht. Aus demokratietheoretischer Perspektive muss die Erstarkung von Konflikten im Parlament nicht unbedingt negativ sein, denn dass im Parlament keine Konflikte offen ausgetragen werden, bedeutet nicht, dass es keine gibt, sondern eben nur, dass sie nicht auf der parlamentarischen Bühne ausgefochten werden. Die Konkordanz lebt unter anderem von intransparenten Entscheidungsprozessen, also Kompromissen und Absprachen in Hinterzimmern, zu denen nicht alle Interessen Zugang haben (Albertazzi 2008; Hildebrand 2017; Sciarini 2015a). So wurde auch in der Schweiz das links-grüne Lager lange Zeit quasi von der «Dampfwalze» des Bürgerblocks überfahren (Kuenzi 2017), während die schweizerische Bundesversammlung hauptsächlich als eine «Ja-Sager-Versammlung» («rubber-stamp assembly») agierte (Sciarini 2015a: 241; vgl. auch Bochsler et al. 2015; Linder 2012; Sciarini 2015a). Insofern kann Konkordanz auch als Ausdruck von Machtkonzentration und fehlender Auseinandersetzung gedeutet werden und ihr Rückgang als Zeichen dafür, dass mehr verschiedene Interessen, Meinungen und Standpunkte Eingang in die Debatte finden und die Macht breiter verteilt wird. Ein gewisses Schwinden der in der Vergangenheit so dominanten Konkordanz und die «kleinen Machtwechsel» (Linder 2012: 417) im Sinne eines «Konsenses mit variabler Geometrie» (Sciarini 2015a: 254) können für die Schweizer Demokratie auch eine Chance für breitere Mitsprache, vielfältigere Mitwirkung, mehr Innovation, mehr Deliberation und bessere Ergebnisse bieten.

Über die tatsächlichen Folgen der aufgezeigten Zunahme an Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung kann die vorliegende Arbeit keinen Aufschluss geben. Weiterführende Forschung könnte auch diesen Themenkomplex beleuchten und untersuchen, ob sich die Nutzung und der Erfolg der direktdemokratischen Instrumente verändern, wie sich Parlamentsdebatten wandeln, ob im Parlament mehr oder weniger Deliberation stattfindet oder ob die Schweizer Demokratie über die Zeit an Qualität gewinnt oder verliert. Für den Moment muss die Schlussfolgerung genügen, dass die Konfliktivität in der schweizerischen Bundesversammlung zunimmt und die Konkordanz im schweizerischen Parlament damit der Veränderung unterliegt – *tempora mutantur, nos et mutamur in illis*.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Nadja und Marc Bühlmann. 2013. *Erlasse – Abstimmungen – Vernehmlassungen (1975 bis 2005)*. Datensatz. Bern: Année Politique Suisse.
- Afonso, Alexandre und Yannis Papadopoulos. 2015. «How the Populist Radical Right Transformed Swiss Welfare Politics: From Compromises to Polarization». *Swiss Political Science Review* 21(4): 617–35.
- Albertazzi, Daniele. 2008. «Switzerland: Yet Another Populist Paradise». In *Twenty-First Century Populism*, herausgegeben von Daniele Albertazzi und Duncan McDonnell, 100–118. London: Palgrave Macmillan.
- Année Politique Suisse / www.swissvotes.ch. 2019. *Datensatz der eidgenössischen Volksabstimmungen ab 1848*. Bern: Institut für Politikwissenschaft. <http://www.swissvotes.ch> (letzter Zugriff: 6. März 2019).
- Bieri, Niklaus. 2018. «Das Parlament und die Vernehmlassung: Der Wandel der parlamentarischen Rezeption als Hinweis auf die Erstarkung des Parlaments nach den Parlamentsreformen der frühen 1990er-Jahre». *Traverse – Zeitschrift für Geschichte*, Nr. 3: 33–45.
- Blumler, Jay G. 2014. «Mediatization and Democracy». In *Mediatization of Politics: Understanding the Transformation of Western Democracies*, herausgegeben von Frank Esser und Jesper Strömbäck, 31–41. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bochsler, Daniel und Karima S. Bousbah. 2015. «Competitive Consensus. What Comes after Consociationalism in Switzerland?». *Swiss Political Science Review* 21(4): 654–79.
- Bochsler, Daniel, Regula Hänggli und Silja Häusermann. 2015. «Introduction: Consensus Lost? Disenchanted Democracy in Switzerland». *Swiss Political Science Review* 21(4): 475–90.
- Bornscher, Simon. 2015. «The New Cultural Conflict, Polarization, and Representation in the Swiss Party System, 1975–2011». *Swiss Political Science Review* 21(4): 680–701.
- Bütikofer, Sarah. 2014. *Das Schweizer Parlament: Eine Institution auf dem Pfad der Moderne*. Baden-Baden: Nomos.
- Bütikofer, Sarah und Simon Hug. 2010. «The Swiss Upper House: «Chambre de Réflexion» or Conservative Renegades?». *The Journal of Legislative Studies* 16(2): 176–94.
- Church, Clive H. und Adrian Vatter. 2016. «Shadows in the Swiss Paradise». *Journal of Democracy* 27(3): 166–75.
- Das Schweizer Parlament. 2019. «Namentliche Abstimmung». Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament. Parlamentswörterbuch. <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch/parlamentsw%C3%B6rterbuch-detail?WordId=151> (letzter Zugriff: 8. April 2019).
- Dermont, Clau. i. E. «Aus bipolar wird tripolar – Polarisierung bei Parlamentsabstimmungen». In *Konkordanz im Parlament*, herausgegeben von Marc Bühlmann, Anja Heidelberger und Hans-Peter Schaub. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Esser, Frank. 2013. «Mediatization as a Challenge: Media Logic Versus Political Logic». In *Democracy in the Age of Globalization and Mediatization*, herausgegeben von

- Hanspeter Kriesi, Sandra Lavanex, Frank Esser, Jörg Matthes, Marc Bühlmann und Daniel Bochsler, 155–76. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Esser, Frank und Jörg Matthes. 2013. «Mediatization Effects on Political News, Political Actors, Political Decisions, and Political Audiences». In *Democracy in the Age of Globalization and Mediatization*, herausgegeben von Hanspeter Kriesi, Sandra Lavanex, Frank Esser, Jörg Matthes, Marc Bühlmann und Daniel Bochsler, 177–201. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Fischer, Manuel. 2015. «Dominance, Competition, Compromise or Consensus? Explaining Decision-Making Structures». In *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*, herausgegeben von Pascal Sciarini, Manuel Fischer und Denise Traber, 98–119. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- Fischer, Manuel, Alex Fischer und Pascal Sciarini. 2009. «Power and Conflict in the Swiss Political Elite: An Aggregation of Existing Network Analyses». *Swiss Political Science Review* 15(1): 31–62.
- Fischer, Manuel und Pascal Sciarini. 2015. ««Going Public»: The Mediatization of Decision-Making Processes». In *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*, herausgegeben von Pascal Sciarini, Manuel Fischer und Denise Traber, 158–78. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- Fischer, Manuel, Pascal Sciarini und Denise Traber. 2015. «Europeanization, Institutional Changes and Differential Empowerment». In *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*, herausgegeben von Pascal Sciarini, Manuel Fischer und Denise Traber, 139–57. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- Fischer, Manuel und Denise Traber. 2015. «Coalition Formation in Parliament and during the Policy Process». In *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*, herausgegeben von Pascal Sciarini, Manuel Fischer und Denise Traber, 120–38. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- Häusermann, Silja, André Mach und Yannis Papadopoulos. 2004. «From Corporatism to Partisan Politics: Social Policy Making under Strain in Switzerland». *Swiss Political Science Review* 10(2): 33–59.
- Heidelberger, Anja und Marc Bühlmann. i. E. ««Politstil der Provokation» als Gefahr für die Konkordanz? Emotionen bei parlamentarischen Debatten». In *Konkordanz im Parlament*, herausgegeben von Marc Bühlmann, Anja Heidelberger und Hans-Peter Schaub. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Hermann, Michael. 2007. «Grund zur Abregung». *Das Magazin*, 25. August 2007.
- . 2011. *Konkordanz in der Krise: Ideen für eine Revitalisierung*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold. 2003. «Die SVP setzt sich rechts von FDP und CVP ab». *Tages-Anzeiger*, 11. Oktober 2003.
- Hermann, Michael, Heiri Leuthold und Hanspeter Kriesi. 1999. «Die politische Landkarte der Schweiz». *Das Magazin*, 9. Oktober 1999: 18–30.
- Hertig, Hans-Peter. 1978. «Party Cohesion in the Swiss Parliament». *Legislative Studies Quarterly* 3(1): 63–81.

- Hildebrand, Marius. 2017. *Rechtspopulismus und Hegemonie: Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Hix, Simon, Abdul Noury und Gérard Roland. 2005. «Power to the Parties: Cohesion and Competition in the European Parliament 1979–2001». *British Journal of Political Science* 35(2): 209–34.
- Hjarvard, Stig. 2008. «The Mediatization of Society: A Theory of the Media as Agents of Social and Cultural Change». *Nordicom Review* 29(2): 105–34.
- Hug, Simon. 2010. «Selection Effects in Roll Call Votes». *British Journal of Political Science* 40(1): 225–35.
- Hug, Simon und Danielle Martin. 2012. «How Electoral Systems Affect MPs' Positions». *Electoral Studies* 31(1): 192–200.
- Hug, Simon und Tobias Schulz. 2007. «Left–Right Positions of Political Parties in Switzerland». *Party Politics* 13(3): 305–30.
- Jegher, Annina. 1999. *Der Einfluss von institutionellen, entscheidungspolitischen und inhaltlichen Faktoren auf die Gesetzgebungstätigkeit der Schweizerischen Bundesversammlung*. Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Paul Haupt.
- Kassambara, Alboukadel. 2018. «Linear Regression Assumptions and Diagnostics in R: Essentials». STHDA: Statistical Tools for High-Throughput Data Analysis. <http://www.sthda.com/english/articles/39-regression-model-diagnostics/161-linear-regression-assumptions-and-diagnostics-in-r-essentials/> (letzter Zugriff: 12. April 2019).
- Kriesi, Hanspeter. 1980. *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*. Frankfurt: Campus.
- . 2001. «The Federal Parliament: The Limits of Institutional Reform». *West European Politics* 24(2): 59–76.
- . 2011. «Klare Verhältnisse schaffen: Der Konkordanz im polarisierten Parteiensystem fehlt es an Transparenz und Glaubwürdigkeit». *Neue Zürcher Zeitung*, 1. Februar 2011.
- . 2012. «Conclusion». In *Political Communication in Direct Democratic Campaigns*, herausgegeben von Hanspeter Kriesi. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- . 2015. «Conclusion: The Political Consequences of the Polarization of Swiss Politics». *Swiss Political Science Review* 21(4): 724–39.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschier und Timotheos Frey. 2006. «Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared». *European Journal of Political Research* 45(6): 921–56.
- Kriesi, Hanspeter, Romain Lachat, Peter Selb, Simon Bornschier und Marc Helbling. 2005. *Der Aufstieg der SVP: Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Kriesi, Hanspeter und Alexander H. Trechsel. 2008. *The Politics of Switzerland: Continuity and Change in a Consensus Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Kuenzi, Renat. 2017. «Ohne Konkordanz keine direkte Demokratie». SWI swissinfo.ch. https://www.swissinfo.ch/ger/direktedemokratie/demokratie-schweiz_-ohne-konkordanz-keine-direkte-demokratie/43229046 (letzter Zugriff: 19. April 2019).
- Lachat, Romain. 2006. «A Tale of Two Councils. Explaining the Weakness of the SVP in the Upper House of the Federal Parliament». *Swiss Political Science Review* 12(4): 77–99.
- . 2008. «Switzerland: Another Case of Transformation Driven by an Established Party». In *West European Politics in the Age of Globalization*, herausgegeben von Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieer und Timotheos Frey, 130–53. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ladner, Andreas. 2014. «Politische Parteien». In *Handbuch der Schweizer Politik – Manuel de la politique suisse*, herausgegeben von Peter Knoepfel, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini, Adrian Vatter und Silja Häusermann, 361–89. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Landerer, Nino. 2014. «Opposing the Government but Governing the Audience? Exploring the Differential Mediatization of Parliamentary Actors in Switzerland». *Journalism Studies* 15(3): 304–20.
- Lanfranchi, Prisca und Ruth Lüthi. 1999. «Cohesion of Party Groups and Interparty Conflict in the Swiss Parliament: Roll Call Voting in the National Council». In *Party Discipline and Parliamentary Government*, herausgegeben von Shaun Bowler, David M. Farrell und Richard S. Katz, 99–120. Columbus: Ohio State University Press.
- Linder, Wolf. 2009a. «Das politische System der Schweiz». In *Die politischen Systeme Westeuropas*, herausgegeben von Wolfgang Ismayr, 567–606. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- . 2009b. «Schweizerische Konkordanz im Wandel». *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 7(2): 209–30.
- . 2012. *Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt Verlag.
- Linder, Wolf und Daniel Schwarz. 2008. «Möglichkeiten parlamentarischer Opposition im schweizerischen System». *Parlament, Parlement, Parlamento* 11(2): 4–10.
- Lüthi, Ruth. i. E. «Debattieren in der Bundesversammlung im Spannungsfeld zwischen Redefreiheit und effizienter Entscheidungsfindung». In *Konkordanz im Parlament*, herausgegeben von Marc Bühlmann, Anja Heidelberger und Hans-Peter Schaub. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Lüthi, Ruth, Luzius Meyer und Hans Hirter. 1991. «Fraktionsdisziplin und die Vertretung von Partikulärinteressen im Nationalrat». In *Das Parlament – «Oberste Gewalt des Bundes»? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft*, herausgegeben von den Parlamentsdiensten, 53–71. Bern, Stuttgart: Verlag Paul Haupt.
- Lutz, Georg und Peter Selb. 2014. «Wahlen». In *Handbuch der Schweizer Politik – Manuel de la politique suisse*, herausgegeben von Peter Knoepfel, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini, Adrian Vatter und Silja Häusermann, 465–96. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

- Mazzoleni, Gianpietro. 2008a. «Media Logic». In *The International Encyclopedia of Communication*, herausgegeben von Wolfgang Donsbach. Chichester, UK: John Wiley & Sons, Ltd.
- . 2008b. «Mediatization of Politics». In *The International Encyclopedia of Communication*, herausgegeben von Wolfgang Donsbach. Chichester, UK: John Wiley & Sons, Ltd.
- . 2008c. «Mediatization of Society». In *The International Encyclopedia of Communication*, herausgegeben von Wolfgang Donsbach. Chichester, UK: John Wiley & Sons, Ltd.
- . 2014. «Mediatization and Political Populism». In *Mediatization of Politics: Understanding the Transformation of Western Democracies*, herausgegeben von Frank Esser und Jesper Strömbäck, 42–56. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Mazzoleni, Gianpietro, und Winfried Schulz. 1999. ««Mediatization» of Politics: A Challenge for Democracy?» *Political Communication* 16(3): 247–61.
- Mazzoleni, Oscar und Carolina Rossini. 2016. «The Swiss People's Party: Converting and Enhancing Organization by a New Leadership». In *Understanding Populist Party Organisation: The Radical Right in Western Europe*, herausgegeben von Reinhard Heinisch und Oscar Mazzoleni, 79–104. London: Palgrave Macmillan.
- Mazzoleni, Oscar und Damir Skenderovic. 2007. «The Rise and Impact of the Swiss People's Party: Challenging the Rules of Government in Switzerland». In *Extrême-droite et pouvoir en Europe*, herausgegeben von Pascal Delwit und Philippe Poirier, 85–116. Brüssel: Editions de l'Université de Bruxelles.
- McCarthy, Michael. 2016. «Data Need to Be Normally-Distributed, and Other Myths of Linear Regression». *Michael McCarthy's Teaching*. <https://mickteaching.wordpress.com/2016/04/19/data-need-to-be-normally-distributed-and-other-myths-of-linear-regression/> (letzter Zugriff: 12. April 2019).
- Neidhart, Leonhard. 1970. *Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*. Bern: Francke Verlag.
- Nicolet, Sarah, Pascal Sciarini und Alex Fischer. 2003. «In the Shadow of Direct Democracy: A Quantitative Analysis of Decision-Making Processes in Switzerland». Konferenzpapier präsentiert anlässlich der Drei-Länder-Tagung vom 14./15. November 2003 an der Universität Bern.
- Poitry, Alain-Valéry. 1989. *La fonction d'ordre de l'Etat: analyse des mécanismes et des déterminants sélectifs dans le processus législatif suisse*. Berne, Francfort s. Main: P. Lang.
- Rice, Stuart A. 1925. «The Behavior of Legislative Groups: A Method of Measurement». *Political Science Quarterly* 40(1): 60.
- Rostetter, Andri. 2018. ««Wir haben nicht ewig Zeit», Interview mit Arnold Koller». *Schaffhauser Nachrichten*, 28. August 2018.
- Schubiger, Maximilian. 2009. «Konfliktivität im Nationalrat: Was man daraus lesen kann». Bachelorarbeit am Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.

- Schwarz, Daniel. 2005. *How Representative Are Published Votes for Legislative Voting Behaviour?* Paper Presented at the ECPR General Conference Budapest, 8–10 September 2005. Bern.
- . 2009. *Zwischen Fraktionszwang und freiem Mandat: Eine Untersuchung des fraktionsabweichenden Stimmverhaltens im schweizerischen Nationalrat zwischen 1996 und 2005*. Norderstedt: Books on Demand.
- Schwarz, Daniel, und Wolf Linder. 2006. *Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat 1996–2005*. Bern: Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung.
- . 2007. *Fraktionsgeschlossenheit im schweizerischen Nationalrat 1996–2005*. Bern: Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung.
- Sciarini, Pascal. 2014. «Eppure Si Muove: The Changing Nature of the Swiss Consensus Democracy». *Journal of European Public Policy* 21(1): 116–32.
- . 2015a. «Conclusion». In *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*, herausgegeben von Pascal Sciarini, Manuel Fischer und Denise Traber, 238–59. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- . 2015b. «Introduction». In *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*, herausgegeben von Pascal Sciarini, Manuel Fischer und Denise Traber, 1–23. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- . 2015c. «More Power Balance, Less Consensus: Changes in Decision-Making Structures over Time». In *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*, herausgegeben von Pascal Sciarini, Manuel Fischer und Denise Traber, 51–77. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- Sciarini, Pascal, Manuel Fischer und Denise Traber. 2015. *Political Decision-Making in Switzerland: The Consensus Model Under Pressure*. Basingstoke, Hants: Palgrave Macmillan.
- Sciarini, Pascal und Alexandre H. Trechsel. 1996. «Démocratie directe en Suisse: l'élite politique victime des droits populaires?». *Swiss Political Science Review* 2(2): 1–35.
- Senti, Martin. 1999. «Parlamentarierinnen zwischen Fraktionsdisziplin und Frauensolidarität: Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens im schweizerischen Nationalrat». *Swiss Political Science Review* 5(1): 57–79.
- Strömbäck, Jesper und Frank Esser. 2014. «Mediatization of Politics: Towards a Theoretical Framework». In *Mediatization of Politics: Understanding the Transformation of Western Democracies*, herausgegeben von Frank Esser und Jesper Strömbäck, 3–28. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Traber, Denise. 2015. «Disenchanted Swiss Parliament? Electoral Strategies and Coalition Formation». *Swiss Political Science Review* 21(4): 702–23.
- Traber, Denise, Simon Hug und Pascal Sciarini. 2014. «Party Unity in the Swiss Parliament: The Electoral Connection». *The Journal of Legislative Studies* 20(2): 193–215.
- Tsebelis, George. 1995. «Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism». *British Journal of Political Science* 25(3): 289–325.

- . 2000. «Veto Players and Institutional Analysis». *Governance* 13(4): 441–74.
- Udris, Linards, Jens Lucht und Jörg Schneider. 2015. «Contested Elections in Increasingly Commercialized Media. A Diachronic Analysis of Executive and Parliamentary Election News Coverage in Switzerland». *Swiss Political Science Review* 21(4): 578–95.
- Vasella, Marco. 1956. *Die Partei- und Fraktionsdisziplin als staatsrechtliches Problem*. Winterthur: Keller.
- Vatter, Adrian. 2008. «Vom Extremtyp zum Normalfall? Die schweizerische Konsensusdemokratie im Wandel: Eine Re-Analyse von Lijpharts Studie für die Schweiz von 1997 bis 2007». *Swiss Political Science Review* 14(1): 1–47.
- . 2016a. *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.
- . 2016b. «Switzerland on the Road from a Consociational to a Centrifugal Democracy?» *Swiss Political Science Review* 22(1): 59–74.
- Wyss, Dominik, Simon Beste und André Bächtiger. 2015. «A Decline in the Quality of Debate? The Evolution of Cognitive Complexity in Swiss Parliamentary Debates on Immigration (1968–2014)». *Swiss Political Science Review* 21(4): 636–53.
- Zehnder, Ernst. 1988. *Die Gesetzesüberprüfung durch die schweizerische Bundesversammlung: Untersuchung der parlamentarischen Veränderungen von Vorlagen des Bundesrates in der Legislaturperiode 1971 bis 1975*. St. Gallen: Hochschule St. Gallen.
- Zumbach, David. 2018. *Parlamentarische Abstimmungen im Nationalrat 2003–2018. Datensatz*. Zürich: gfbz.
- Zumofen, Guillaume. i. E. «Nomen est (Pron)omen. Wie Sprache Kompromissbereitschaft kennzeichnet». In *Konkordanz im Parlament*, herausgegeben von Marc Bühlmann, Anja Heidelberger und Hans-Peter Schaub. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Anhang

Tabelle A9: Regressionstabelle zum Logit-Modell 1 sowie zum linearen Modell 1

	Logit-Modell 1	Lineares Modell 1
Jahr	0.077 *** (0.011)	0.006 *** (0.001)
Fakultatives Referendum	-2.956 *** (0.393)	-0.194 *** (0.020)
Obligatorisches Referendum	-1.112 * (0.502)	-0.084 *** (0.034)
SP-Sitze	-0.013 (0.010)	-0.001 (0.001)
SVP-Sitze	-0.025 *** (0.007)	0.002 * (0.001)
AIC	2490.4	
Korrigiertes R ²		0.154
N	2199	1497

Anmerkungen: * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001; nichtstandardisierte Koeffizienten; Standardfehler in Klammern.

Tabelle A10: Regressionstabelle zum Logit-Modell 2 sowie zum linearen Modell 2

	Logit-Modell 2	Lineares Modell 2
Jahr	0.074 *** (0.017)	0.009 *** (0.003)
Fakultatives Referendum	-2.382 *** (0.190)	-0.166 *** (0.019)
Obligatorisches Referendum	-0.769 ** (0.270)	-0.073 * (0.029)
Vernehmlassung	0.554 *** (0.101)	0.027 (0.015)
Ständerat	-1.697 *** (0.095)	-0.088 *** (0.015)
SP-Sitze Nationalrat	-0.019 (0.016)	-0.005 (0.002)
SP-Sitze Ständerat	-0.017 (0.039)	0.005 (0.006)
SVP-Sitze Nationalrat	-0.052 (0.031)	-0.008 (0.005)
SVP-Sitze Ständerat	0.129 (0.212)	0.067 * (0.032)
AIC	2938.7	
Korrigiertes R ²		0.118
N	2571	1174

Anmerkungen: * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001; nichtstandardisierte Koeffizienten; Standardfehler in Klammern.

Tabelle A11: Regressionstabelle zum Logit-Modell 3 sowie zum linearen Modell 3

	Logit-Modell 3	Lineares Modell 3
Jahr	0.027 (0.014)	0.001 (0.001)
Fakultatives Referendum	0.074 (0.104)	0.002 (0.006)
Obligatorisches Referendum	0.376 (0.387)	-0.004 (0.017)
Volksinitiative	2.619 *** (0.728)	0.029 (0.016)
SP-Sitze	-0.001 (0.020)	0.002 (0.001)
SVP-Sitze	0.017 (0.013)	0.0013 * (0.001)
Thema: Wirtschaft	-0.210 (0.175)	-0.007 (0.009)
Thema: Bildung und Forschung	-1.000 *** (0.156)	-0.028 ** (0.010)
Thema: Energie	0.402 (0.336)	0.032 ** (0.010)
Thema: Europapolitik	1.312 *** (0.340)	0.021 * (0.011)
Thema: Rechtsordnung	-0.917 *** (0.145)	-0.009 (0.009)
Thema: Gesundheit	-0.162 (0.205)	-0.018 * (0.009)
Thema: Internationale Politik	-0.717 *** (0.159)	-0.026 * (0.012)
Thema: Kultur	1.148 ** (0.405)	-0.002 (0.016)
Thema: Landwirtschaft	-0.644 ** (0.221)	0.015 (0.011)
Thema: Medien und Kommunikation	0.481 (0.415)	0.022 (0.013)
Thema: Migration	0.834 * (0.362)	0.013 (0.010)
Thema: Parlament	-0.330 (0.239)	-0.007 (0.013)
Thema: Raumplanung und Wohnungswesen	0.204 (0.453)	0.007 (0.015)
Thema: Sicherheit	-0.240 (0.178)	-0.012 (0.010)
Thema: Sozialpolitik	0.073 (0.207)	0.033 *** (0.009)
Thema: Staatspolitik	-1.176 *** (0.217)	-0.002 (0.012)
Thema: Steuern	-0.824 * (0.379)	-0.046 * (0.020)

Thema: Umwelt	-0.214 (0.256)	0.044 *** (0.012)
Thema: Verkehr	-0.274 (0.194)	0.017 (0.010)
Typ: Andere	-0.892 (0.528)	-0.006 (0.019)
Typ: Anstossdebatte	0.534 * (0.248)	0.005 (0.007)
Typ: Ausgabenbremse	-3.581 *** (0.180)	-0.362 *** (0.015)
Typ: Eintretensdebatte	0.352 (0.468)	-0.055 *** (0.009)
Typ: Gesamtabstimmung	-3.376 *** (0.144)	-0.241 *** (0.007)
Typ: Schlussabstimmung	-3.291 *** (0.155)	-0.247 *** (0.008)
AIC	4578.9	
Korrigiertes R ²		0.194
N	13'071	12'129

Anmerkungen: * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001; Referenzkategorie Thema = Finanzwesen; Referenzkategorie Typ = Detailberatung; nichtstandardisierte Koeffizienten; Standardfehler in Klammern.

Selbstständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche gekennzeichnet. Mir ist bekannt, dass andernfalls der Senat gemäss Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe o des Gesetzes vom 5. September 1996 über die Universität zum Entzug des aufgrund dieser Arbeit verliehenen Titels berechtigt ist.

Balzers, 26. April 2019



Karin Frick